Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 40 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 50 Pfg., im Reklameteil 200 Mk., für Ehrenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 280 — Mittwoch den 30. November 1921 — 48. Jahrg.

Frankreichs böses Gewissen.

„Meine Herren, gestatten Sie einer alten Freundin aus dem Weltkriege, wenn auch ungeladen, an Ihrem Tische Platz zu nehmen! Ich bin die europäische Heuchelei!" So ist im „Ulk" ein Bild unterschrieben, das den Konferenztisch in Washington zeigt, an dem die Heuchelei mit einer Larve in der Hand und Papierrollen mit der Aufschrift „Kultur", „Freiheit", „Gerechtigkeit" im Arm neben dem französischen Ministerpräsidenten Briand Platz nimmt. Besser konnte man das Auftreten Briands nicht kennzeichnen, dem jetzt das „Journal des Débats" selbst zuruft, der Platz für Artisten sei die Theaterbühne, an der Spitze der Regierung aber solle ein aktiver und schweigsamer Mann stehen. Der Versuch Briands, Deutschland auf der Washingtoner Konferenz von neuem anzuschwärzen und die alte Legende, daß Deutschland der Friedensstörer sei, wieder aufzuwärmen, hat nicht den erhofften Erfolg gehabt. Es mag ja sein, daß die französischen Militaristen und Chauvinisten, die immer noch die Mehrheit im französischen Parlament haben, Briand trotz der unglücklichen Rolle, die er in Washington gespielt hat, doch noch auf seinem Platz als Ministerpräsident halten werden, weil er sich bei seiner Anklagerede gegen Deutschland von dem Bestreben leiten ließ, die französische Armee in ihrer jetzigen Stärke zu erhalten, aber bei den Neutralen und selbst bei den eigenen Bundesgenossen dürfte Briand nach seiner Washingtoner Rede ziemlich ausgespielt haben. Man hat ihn als Heuchler und Lügner durchschaut, als einen Mann, der das Fälscherkunststück zugunsten Frankreichs so ungeschickt machte, daß keinem auch nur halbwegs aufmerksamen Beobachter der Betrugsversuch entgehen konnte.

Ministerpräsident Briand hat Deutschland vorgeworfen, daß es immer noch nicht abgerüstet habe und auch das Märchen von dem bayerischen Ministerpräsidenten erzählt, der gesagt haben soll, daß in Bayern 300 000 Mann ausgebildete Soldaten zur Verfügung stünden. Briand hat sich bereits von der bayerischen Regierung sagen lassen müssen, daß das kein bayerischer Ministerpräsident gesagt hat. Er mußte sich ferner auf seine eigene Rede vom 28. Oktober vor der französischen Kammer hinweisen lassen, in der er festgestellt hatte, daß Deutschland tatsächlich entwaffnet sei. Und jetzt haben sich die Mitglieder der von der Genfer Arbeiterschutzkonferenz gebildeten Kommission auf einer Rundreise durch die ehemaligen deutschen Kriegswerkstätten überzeugen können, wie weit die Zerstörung aller für Kriegszwecke verwendbaren Maschinen und Materialien in Deutschland gegangen ist. Im Gegensatz zu dem bekannten deutschen Sprichwort haben die Kriegslügen der Entente recht lange Beine gehabt, aber allmählich muß die Welt doch hinter die Wahrheit kommen.

Die beste Aufklärung darüber, wo der ewige Friedensstörer in Europa zu suchen ist, kann wohl die Behauptung Briands geben, daß Frankreich seine Armee verkleinere, indem es einen Teil des dritten Jahrganges entlasse. Daß aber tatsächlich keine Verringerung der französischen Armee geplant ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß andauernd neue Kasernenbauten, die Deutschland bezahlen muß, innerhalb des besetzten Gebietes von Frankreich gefordert werden, die allerdings nicht für neue weiße, sondern farbige Franzosen bestimmt sind, die in immer größerer Zahl zum Ausgleich für die zu entlassenden weißen Truppen des dritten Jahrganges eingestellt werden sollen, wie ja aus der der französischen Kammer zugegangenen Vorlage über diese Umstellung innerhalb der französischen Armee hervorgeht. Herr Briand hat sich also nicht gescheut, die Washingtoner Konferenz direkt anzuschwindeln und außerdem die Abrüstungs- und Weltfriedenskonferenz dazu zu benützen versucht, um durch seine Lügen gegen Deutschland die Atmosphäre weiter zu vergiften. Es ist bedauerlich, daß sich auf der Konferenz selbst niemand gefunden hat, der Herrn Briand die heuchlerische Larve vom Gesicht gerissen hat. Solange nicht die Ehrlichkeit auf den internationalen Konferenzen zu ihrem Rechte kommt, ist an eine Besserung nicht zu denken. Aber Frankreich sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen, die Wahrheit zum Durchbruch kommen zu lassen. Deshalb will es Deutschland von allen Konferenzen fernhalten. Das „glor- und siegreiche" Frankreich hat noch mehr Angst vor dem Sieg der Wahrheit als vor der deutschen Revanche. Denn wenn die Wahrheit zum Durchbruch kommt, muß das ganze auf Lug und Trug aufgerichtete Gebäude des Versailler Vertrages elendiglich zusammenbrechen.

*

Der Stand der Washingtoner Konferenz

In einem Funkspruch des „B. T.", der den gegenwärtigen Stand der Washingtoner Konferenz schildert, heißt es:

„Der Hughesche Abrüstungsvorschlag steckt in einer Sackgasse. Das vom amerikanischen Staatssekretär verlangte Schlachtschiffverhältnis von 5:5:3 wird von den Japanern eifrig bekämpft, sie wollen 10:10:7. Die Japaner wollen überhaupt nicht mehr verhandeln. Ihre Delegierten bewahren das verbindliche Lächeln an den Kommissionstischen, aber ihre Journalisten erklären täglich,

Japan habe in Washington nichts mehr zu suchen.

Die Engländer versuchen zu vermitteln, und nur ihren Bemühungen ist es zu danken, daß die Japaner überhaupt noch da sind. In der ostasiatischen Frage bestehen die Meinungsverschiedenheiten fort. In der U-Bootfrage glaubt man zu einem Kompromiß zu kommen. In der

Landabrüstungsfrage

setzt Viviani die Politik Briands fort. Er übernahm die peinliche Pflicht, den oft gemeldeten Zwischenfall Briand-Schanzer auszutragen. Er bestritt in einer feierlichen Erklärung die Italien feindlichen Äußerungen Briands. Frankreich sei von Banden des Blutes und der Freundschaft an Italien gefesselt. Schanzer gab sich zufrieden und dankte Hughes für die unparteiische und sympatische Art, mit der er diesen Konflikt ausgeglichen habe. Aus den Äußerungen des italienischen Delegierten geht hervor, daß ein Konflikt bestand. In einer längeren Rede erklärte Viviani, er hätte sich überzeugt, daß sich die Kritik immer in den Grenzen der internationalen Höflichkeit gehalten habe. (?) Sei hier und da ein Wort gefallen, das aus der erregten Stimmung heraus als heftig erkannt worden sei, so trage daran die Tatsache schuld, daß es sich um Fragen gehandelt habe, die für die ganze Welt von ungeheurer Wichtigkeit seien.

Viviani wehrt sich gegen Deutschlands Teilnahme.

Neuyork, 30. Nov. „Associatet Preß" meldet aus Arlington: Viviani sprach in einer Rede über die Möglichkeit, daß Deutschland später an der Washingtoner Konferenz teilnehme. Er sagte, er könne nicht einsehen, welche Fragen unter den Beratungsgegenständen Deutschland betrüfen. Es hätte kein besonderes Interesse in Washington, da seine Land- und Seerüstungen durch den Vertrag von Versailles festgelegt seien und diese Konferenz eine Revision des Vertrages nicht in Erwägung ziehen würde.

Der Streit um die Großkampfschiffstonnage.

London, 30. Nov. Reuter berichtet aus Washington, es verlaute, daß die französische Delegation für Frankreich eine Großkampfschiffstonnage fordere, die der japanischen gleich sei. Die italienischen Vorschläge sehen, wie gemeldet wird, eine Großkampfschiffstonnage gleich der französischen vor.

Lloyd Georges Amerikafahrt.

London, 30. Nov. Lloyd George hat provisorische Schiffsplätze auf allen Dampfern belegt, die England vom 8. Dezember bis unmittelbar vor Weihnachten verlassen. Es ist wahrscheinlich, daß er England erst am 10. Dezember auf der Scythia verlassen wird.

Der „Oeuvre" schreibt, man kündige auf allen Seiten an, daß Lloyd George vielleicht dem Beispiel Hughes folgen könnte, um seinerseits

eine große diplomatische Offensive einzuleiten.

Es handelt sich um nicht weniger, als eine neue Reparationspolitik an die Stelle der Reparationspolitik des Friedensvertrages von Versailles zu setzen. Das Blatt weist darauf hin, daß Lloyd George niemals verheimlicht habe, daß zwei Maßnahmen eilig seien: Die Liquidation der internationalen Schulden und die Sicherstellung eines normalen Handelsmarktes in Deutschland. Das Blatt glaubt auch mitteilen zu können, daß Balfour auf der letzten Völkerbundskonferenz in Genf einem französischen Delegierten die Frage vorgelegt habe, was er davon denke, daß ein Abkommen geschlossen würde, das Deutschland die Verpflichtung abnehme, die Sanktionen zu bezahlen und zu seinen Lasten nur die Kosten für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete gingen. Das Blatt erklärt, die Grundlagen des Vorschlages von Lloyd George, wie es sie schildere, seien wert, einer Prüfung unterzogen zu werden.

Das Moratorium und seine Bedingungen für Deutschland.

Berlin, 30. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der frühere deutsche Wiederaufbauminister Dr. Rathenau und sein Sekretär Simon hatten gestern Besprechungen mit dem englischen Schatzkanzler Robert Horne und mit Sir John Bradbury, dem englischen Mitglied der Reparationskommission. Eine weitere wichtige Begegnung hatten sie mit Lord Kimberley, der vor kurzem in Berlin gewesen ist. Die Besprechungen betrafen die Gewährung eines Moratoriums für Deutschland und scheinen weiterhin die völlige Umgestaltung der Finanzlage zum Zweck zu haben. Sie nehmen einen günstigen Verlauf. Die Gewährung eines Moratoriums durch England kann nach der Auffassung einer englischen Korrespondenz als gesichert betrachtet werden. In England verweist man darauf, daß eine Einstimmigkeit der Reparationskommission, die sich natürlich mit dieser Frage beschäftigen müsse, nicht erforderlich sei. Es genüge ein Mehrheitsbeschluß. Rathenau soll heute — oder wenn er morgen noch in London ist, morgen — von Lloyd George empfangen werden, der lebhaft dafür eintritt, daß Deutschland ein Moratorium gewährt wird.

Der Londoner „Evening Standard" meldet, daß, falls ein Moratorium an Deutschland bewilligt werde, Deutschland folgende Bedingungen annehmen müsse:

1. die deutschen Finanzen werden innerhalb zwei Jahren revidiert;
2. Ergreifung scharfer Maßnahmen gegen die Papiergeld-Inflation;
3. eine alliierte Aufsichtskommission über die deutschen Finanzen wird in Berlin eingesetzt.

Die Botschafterkonferenz über die Sanktionen.

Berlin, 30. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Nach einer Pariser Meldung wird die Botschafterkonferenz am 2. Dezember zusammentreten, um sich mit der englischen Note über die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein und der Verminderung der militärischen Kontrollorgane in Deutschland zu beschäftigen.

Neue Gesandten in Berlin.

Berlin, 30. Okt. Der Reichspräsident hat gestern den neuernannten argentinischen Gesandten Dr. Alfredo Gaturegli, den neuernannten Gesandten Lettlands Dr. Oskar Wolf und den neuernannten chinesischen Gesandten Sunthchen Wei zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben empfangen. Bei dem Empfange war der Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Eigenschaft als Leiter des Auswärtigen Amtes zugegen.

Die Berliner Elektrizitätsversorgung wieder im Gange.

Berlin, 30. Nov. Auf Grund der zwischen Magistrat und Werksangestellten erzielten Einigung wurde die elektrische Stromversorgung in Berlin in Gang gesetzt, so daß es um Mitternacht wieder Licht gab.

Eine Valutakonferenz in Paris.

Berlin, 30. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Wie aus Washington gemeldet wird, haben die Vereinigten Staaten zugestimmt, an einer Konferenz teilzunehmen, die im Dezember in Paris stattfinden und sich mit der internationalen Valutafrage beschäftigen soll.

Beendigung des Buchdruckerstreiks in Italien.

Rom, 30. Nov. Der Streik der Buchdrucker ist beendet; in ganz Italien werden die Buchdrucker am Mittag die Arbeit wieder aufnehmen. Die Zeitungen werden am Nachmittag wieder erscheinen.

Italiens und Frankreichs Flotte gleich groß.

London, 30. Nov. Reuter zufolge geht der Standpunkt dahin, daß nichts dagegen einzuwenden ist, daß Italien eine ebenso große Flottenstreitmacht besitze wie Frankreich, das heißt, 300 000 Tonnen an Großkampfschiffen und 75 000 Tonnen an Unterseeboten.

Neue englische Vorschläge an die Iren.

London, 30. Nov. Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead hatten gestern mit den Sinnfein-Delegierten eine Konferenz, auf der eine Reihe völlig neuer Vorschläge erörtert wurde. Diese Vorschläge werden Ulster nur dann vorgelegt werden, wenn die Sinnfeiner ihnen zuvor zugestimmt haben. Hiermit sind die Verhandlungen in ein neues Stadium getreten.

Freimachung Chinas durch die Großmächte.

Washington, 30. Nov. Der Ausschuß der neun Großmächte hat sich für den Verzicht auf die Exterritorialitätsrechte in China ausgesprochen und ebenso für die Beseitigung der ausländischen Gerichtshöfe in China, vorausgesetzt, daß das System der chinesischen Gesetzgebung und Rechtsprechung von einer internationalen Untersuchungskommission für ausreichend befunden wird. Der Ausschuß erörtert ferner die Forderung Chinas betreffend die Zurückziehung der fremden Truppen. Die Delegierten sind grundsätzlich für die Zurückziehung, doch wird die Behandlung dieses Punktes in einer weiteren Sitzung fortgesetzt werden. Die Versammlung der Marinesachverständigen der fünf Großmächte wurde auf Verlangen eines Delegierten auf morgen vertagt.

Maßnahmen der Reichsregierung zur Teuerung.

400 Mill. Mark zur Besserung der Milchversorgung.

Aus Berlin wird uns berichtet:

Das Reichskabinett beendete am Dienstag nachmittag unter Teilnahme der preußischen Minister seine Beratungen über die durch die Teuerung geschaffene Lage. In Ergänzung und Verschärfung der bereits bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers wird den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, die die Veröffentlichung aller Verurteilungen wegen Schleichhandels und Preistreiberei durch die Presse vorschreibt. Bei Verurteilung wegen schwerer Fälle ist Gefängnis über drei Monate vorgesehen, außerdem Veröffentlichung durch Anschlag. Ferner beschloß das Kabinett die bestehenden Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, wie sich diese in manchen Städten gebildet haben. Diesen Kommissionen sollen neben Vertretern der Verbraucher auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Preisprüfungsstellen werden alsbald Anweisungen zu einheitlichem Vorgehen erhalten. — Zur Besserung der Milchversorgung werden in dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für 1921/22 400 Millionen Mark bereitgestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Milchversorgung besonders Not leidet, das heißt, der Milchbedarf nur bis zu einem bestimmten noch festzusetzenden Bruchteil gedeckt ist. Von den 400 Millionen Mark sollen je ein Drittel die in Betracht kommenden Länder und Gemeinden aufbringen. Soweit die Gemeinden hierzu nicht in der Lage sind, soll das Reich auch von den Gemeinden nicht aufzubringende Mittel übernehmen. Den Gemeinden soll in der Verwendung der Mittel innerhalb der festgesetzten Bestimmung freie Hand gegeben werden, jedoch sind die Gemeinden darauf hinzuweisen, daß sich als Weg zur Besserung der Milchversorgung, soweit sie unter ungenügender Anlieferung leidet, insbesondere der Ankauf von Futter, vor allem von ausländischem Kraftfutter und die verbilligte Abgabe solchen Futters an die Kuhhalter empfiehlt, die die Gemeinden beliefern und bei denen, wie z. B. bei den gemeinblichen Abmelkwirtschaften, eine Sicherheit dafür geschaffen werden kann, daß die Mehrerzeugung von Milch auch den Gemeinden zugute kommt.

Empfang der Mitglieder der Genfer internationalen Arbeitskonferenz durch den Reichskanzler.

Berlin, 30. Nov. Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Mitglieder der Genfer internationalen Arbeitskonferenz, die zurzeit in Deutschland weilen, um sich einen Einblick in die durch die Forderungen der interalliierten Kontrollkommission geschaffene Lage der Deutschen Werke zu verschaffen. Die Abordnung der Arbeitskonferenz setzt sich zusammen aus Vertretern der englischen, kanadischen, italienischen, französischen, belgischen, brasilianischen, schweizerischen, schwedischen und spanischen Gewerkschaften, denen sich ein amerikanischer Handelskammervertreter angeschlossen hatte. An dem geselligen Beisammensein nahmen teil der Vizekanzler und Reichskanzleiminister Bauer, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichstagspräsident Loebe, als

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211130-13/fragment/page=0001

Vertreter des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes die Herren Leiphart, Graßmann und Kunze, die Direktoren der Deutschen Werke Funke und Hauser und einige Vertreter der zuständigen Reichsressorts.

Radbruch wünscht einen Kabinettsbeschluß zum bayerisch-preußischen Konflikt.

Die bayerische Staatsregierung hat auf eine zweite Anfrage des Reichsjustizministers eine erneute ablehnende Antwort gegeben und dem Reichsjustizminister für seine Kenntnisnahme der Zustände in den bayerischen Strafanstalten den Weg über die bayerische Staatsregierung anheim gegeben. Herr Dr. Radbruch hat zu Parlamentariern am Sonntag geäußert, er werde jetzt einen Kabinettsbeschluß in seinem „Konflikt" mit Bayern herbeiführen.

Stinnes erstattet im Reichsverband der deutschen Industrie Bericht über seine Londoner Besprechungen.

Berlin, 30. Nov. In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie erstattete Hugo Stinnes einen Bericht über seine Londoner Besprechungen. Es schloß sich daran eine eingehende Aussprache über die Kreditaktion der Industrie im Zusammenhange mit der Frage einer ausländischen Anleihe.

Dem „L.-A." zufolge kam man schließlich dahin überein, den geschäftsführenden Vorsitzenden des Verbandes, Geheimrat Bücher zum Reichskanzler zu entsenden, um diesem mitzuteilen, der Reichsverband sei mit den Vorschlägen Dr. Wirths einverstanden, eine aus Mitgliedern der Industrie und der Finanz gebildete Kommission von sechs Herren mit den englisch-amerikanischen Wirtschaftskreisen in Verbindung treten zu lassen. Die Kommission selbst soll von Dr. Wirth bestimmt werden.

Die Erfüllung der Januarrate.

Die Sozialdemokratie und die Sachwerte.

Berlin, 30. Nov. Der „Vorwärts" appelliert in einem besonderen, „Die Frist läuft ab" überschriebenen Artikel an die sozialdemokratischen Vertreter in der Regierung und fordert sie auf, in dem Sinne zu wirken, daß die Erfassung der Sachwerte mit größter Beschleunigung durchgeführt werde. Am 15. Januar laufe die Frist für die Leistung einer halben Milliarde an die Entente ab. Je näher dieser Tag komme, ohne daß die steuerliche Aufbringung der Goldbeträge erfolgt ist, um so bedingungsloser werde das Volk an die Industriekapitäne ausgeliefert. Das Ultimatum, das Herr Stinnes am 13. oder 14. Januar präsentieren könne und wahrscheinlich auch werde, ließe dann nur noch eine Wahl: annehmen oder Gewaltmaßnahmen der Entente über uns kommen lassen. Das letztere aber wäre, so meint der „Vorwärts", der Bankerott der Erfüllungspolitik, das erstere der vernichtende Schlag gegen den Sozialismus. An beiden würde die Regierung der Erfüllung stürzen, wenn sie nicht schleunigst die Erfassung der Sachwerte herausbringen werde und mit den schärfsten Mitteln die Sicherstellung der Beträge betreibe. Noch sei es Zeit. In zwei Wochen wird es zu spät sein. „Wir warnen!", schließt der Artikel.

Vor neuen kommunistischen Aktionen?

Plünderungsabsichten in Berlin.

Berlin, 30. Nov. Hier sind Gerüchte verbreitet, daß in den nächsten Tagen die Plünderungen wieder aufleben könnten. Gewisse Drahtzieher haben eine neue Taktik zur Hervorrufung von Unruhen getroffen. Man will danach in einzelnen Stadtbezirken Scheinplünderungen veranstalten, um so die Polizeikräfte zu binden. Die Hauptaktion soll dann zur gleichen Zeit an anderen Stellen erfolgen. Es handelt sich also um ein Verschleierungsmanöver.

Russische Wühler an der Arbeit.

Leipzig, 30. Nov. Der Zentralaktionsausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands erließ ein Rundschreiben an die Reichsbezirksausschüsse, in dem darauf hingewiesen wird, daß von allen Seiten die Forderung erhoben worden sei, sofot in eine Aktion für die bekannten Forderungen einzutreten, da zuvor unbedingt eine Einheitsfront hergestellt werden müsse. Es sollten alle Einzelaktionen bis auf weiteres unterbleiben. Das erste Gebot der Stunde sei die Zusammenfassung des Proletariats, worauf in kurzer Zeit das Losschlagen folgen könne. Wie weiter verlautet, ist dies Rundschreiben und die ganze neue Agitation auf ein neues Vorgehen der Moskauer Exekutive zurückzuführen. Ihre schlimmsten Agitatoren sind nach Berlin geschickt worden. Eine lebhafte Agitation wird auch durch besondere russische Eisenbahnkommandos, die aus vierzig Mann bestehen und vor allem in den deutschen Eisenbahnwerkstätten arbeiten sollen, betrieben. In Berlin unterhält die russische Regierung einen Ausschuß unter dem Decknamen „Wissen und Technik", der von einigen Studenten geleitet wird, und die Zentrale für die russische Spionage in Deutschland bildet.

Im Untersuchungsausschuß über die Vorgänge in Mitteldeutschland.

wurde über den Inhalt der verschiedenen Strafakten, insbesondere derjenigen von Hölz, Bericht erstattet. Es wurde festgestellt, daß von Hölz und Genossen die fürchterlichsten Mißhandlungen an den Geißeln begangen worden sind. Die erste Begrüßung waren Faustschläge ins Gesicht und Fußtritte, denen Erpressungen von Geld und Bedrohungen mit Erschießung folgten. Daher sei die Erbitterung bei den Schutzpolizeibeamten zu erklären. Der Ausschuß beschloß, am Donnerstag kommender Woche noch mehrere Zeugen zu vernehmen. Nach der Beschlagnahme der kommunistischen Akten bei Frau Klara Zetkin befragt, erklärte ein Regierungsvertreter, das Material werde dem Untersuchungsausschuß in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Die Antwort der Kommunisten an die Sozialdemokratie.

Wer hat die Märzkämpfe verursacht?

Berlin, 30. Nov. Zu den Veröffentlichungen des "Vorwärts" über die Blutschuld der Kommunisten in Mitteldeutschland gibt jetzt die Zentralleitung der Kommunistischen Partei in der „Roten Fahne" eine Erklärung ab, worin sie die Behauptung aufstellt, daß dieser „Pogromfeldzug" der Sozialdemokratischen Partei unternommen worden sei, um die sich bildende Einheitsfront der Arbeiterschaft zu sprengen.

Es stehe durch die Erklärungen Severings in der mitteldeutschen Zeitschrift „Eckard" und durch die Aussagen im Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags dokumentarisch fest, daß Severing durch eine planmäßige Hetze die Märzkämpfe ausgelöst habe. Die Zentrale der Kommunistischen Partei gibt aber gleichzeitig zu, daß vereinzelte Auffassungen aufgetreten sind, die die Kampfstimmung der Arbeiterschaft durch terroristische Akte fördern wollten. Solche Auffassung habe die Zentrale der Kommunistischen Partei streng von sich gewiesen und, wo sie konnte, verhindert.

In einer zweiten Erklärung teilt der kommunistische Abgeordnete Eberlein mit, daß er sich einem öffentlichen Verfahren nicht entziehen und den Beweis erbringen werde, daß die wirklichen Provokateure der Unruhen in Mitteldeutschland in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei gesessen haben.

*

Einigung im Streik der Berliner Elektrizitätswerke.

Aus Berlin wird uns berichtet:

Nach achtstündigen Verhandlungen ist eine Einigung im Streik der Angestellten der Elektrizitätswerke zustandegekommen, die die Forderungen der Angestellten zum größten Teil bewilligt. Die technische Aufnahme des Betriebes ist Mittwoch vormittag zu erwarten. Die endgültige Beilegung des Streiks liegt aber noch bei der Angestelltenschaft, die Mittwoch früh 9 Uhr sich schlüssig machen wird.

Vor dem Zustandekommen der Einigung war die Reichsregierung am Nachmittag zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten, bei der eine Einigung über Gegenmaßnahmen insofern erzielt wurde, als diese Maßnahmen erst in Kraft treten sollten, wenn die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ergebnislos verlaufen würden. Lebhafte Entrüstung herrschte in der Sitzung besonders über die Entschließung gegen die Ausführung der Notstandsarbeiten. Die Krankenhäuser waren den ganzen Nachmittag und Abend ohne elektrischen Strom, so daß selbst die wichtigsten Operationen nicht ausgeführt werden konnten.

Zu dem Haubitzenrohrfund in den Rockstrohwerken in Heidenau stellt der Dresdener Polizeipräsident fest, daß es sich hierbei nicht um eine Entdeckung der Ententekommission handelt. Von der Direktion und dem Betriebsrat der Werke sei das Material bei der Erfassungsabteilung des Reichsschatzministeriums angezeigt worden. Daraufhin seien die Geschützrohre vom Polizeipräsidium beschlagnahmt worden. Die ordnungsmäßige Abführung des Materials gemäß dem Friedensvertrag sei gewährleistet. Nach den übereinstimmenden Angaben der Direktion und des Betriebsrates der Rockstrohwerke stammt das Material aus der Zeit vor Kriegsschluß.

Politische Uebersicht.

Eröffnung des Ulsterparlamentes.

London, 30. Nov. Das Ulsterparlament ist in Belfast eröffnet worden. Der Premierminister von Ulster Craig gab eine Darstellung der Besprechungen mit Lloyd George und erklärte, Ulster habe es abgelehnt, unter den gegenwärtigen Bedingungen in ein alliirisches Parlament einzutreten. Die Vorschläge der Regierung seien ganz unannehmbar. Es würden aber Vorbereitungen zu einer Besprechung getroffen, durch die auf anderm Wege eine Regelung erzielt werden soll.

*

Die Abstimmung in Oedenburg.

Wien, 30. Nov. Wie die Blätter erfahren, **werden die** interalliierten Truppen für das Oedenburger Abstimmungsgebiet zu gleichen Teilen aus italienischen, französischen und englischen Truppen bestehen, die dem internationalen Kontingent aus Oberschlesien entnommen werden. Der Zeitpunkt des Abtransportes von Oberschlesien nach Oedenburg ist noch nicht bekannt.

*

Stinnes und der Wiederaufbau Rußlands.

Paris, 30. Nov. Die „Chicago Tribune" will erfahren haben, daß zwei intime Geschäftsfreunde von Stinnes heute in Paris eingetroffen sind, um französischen Geschäftsleuten und wenn möglich, der Regierung den Stinnesschen Plan zum Wiederaufbau Rußlands vorzulegen. Als Namen dieser Geschäftsfreunde werden genannt v. Mendelssohn, der Chef der bekannten Großbank, die die Geschäfte des Zaren vor dem Krieg geführt hat, und v. Weinberg aus Frankfurt a. M., Chef des großen deutschen Farbentrusts. Stinnes wünsche, daß sowohl Frankreich als auch die Vereinigten Staaten und England an seinem Plan einer industriellen Reorganisation Rußlands teilnehmen. Falls Frankreich hiermit einverstanden sein sollte, will Stinnes seines Einfluß aufwenden, daß die Moskauer Regierung alle Schulden der früheren russischen Regierung sowohl Privatpersonen als auch dem Staat gegenüber anerkennt. Der Plan steht in Verbindung mit seinen Bemühungen, eine Milderung der Wiedergutmachungszahlungen zu erlangen. Außerdem wünsche Stinnes eine Unterstützung seines Plans, daß die deutsche Industrie mit ihrem vereinigten Kapital die Eisenbahnen übernehme.

Deutschland.

Um den Gemeinwert.

Der Ausschuß des Reichstages für die direkten Steuern beschäftigte sich gestern mit der Wertermittelung. Als Grundsatz wurde aufgestellt, daß überall der gemeine Wert maßgebend sein soll. Als gemeiner Wert soll der Verkaufswert angesehen werden. Der demokratische Abg. Pohlmann führte dazu aus: In der heutigen anormalen Zeit hat sich der Gemeinwert durch die Entwertung des Geldes und andere Umstände gesteigert und vom Verkaufswert entfernt. Würde man den so gesteigerten Gemeinwert zur Grundlage der Besteuerung auch der Grundstücke nehmen, so würde man den ländlichen Grundbesitz in Bewegung setzen. Ob an dem Fünfundzwanzigfachen des Ertrages nach der Reichsabgabenordnung festgehalten werden könne oder ob man einen Prozentsatz, mit dem sich die Landwirtschaft rentiere, einer Schätzung überlasse, könne zweifelhaft sein. Auch die Landwirtschaft müsse größere Lasten übernehmen. Zur möglichst schnellen Durchführung des Vermögenssteuergesetzes wäre es zweckmäßig, für eine Übergangszeit vom Wehrbeitrag auszugehen, dessen Schätzung zugrunde zu legen, um unter deren Anwendung die Vermögenswerte festzustellen. Als Meinung der Mehrheit zeigte sich in der noch nicht abgeschlossenen Debatte eine Zustimmung zu den demokratischen Anträgen sowohl bei Veranlagung von Grundstücken als gewerblichen Betrieben zu Bestimmungen zu kommen, die sich mit den Vorschlägen des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrats decken können. Auf Grund der gestrigen Besprechung sollen Anträge formuliert und dann zur Abstimmung gebracht werden.

Das Führerproblem in der Politik.

In den von ihm herausgegebenen „Deutschen Stimmen" gibt der Abg. Dr. Stresemann eine Vorschau auf dem am 1. Dezember in Stuttgart zusammentretenden Parteitag der Deutschen Volkspartei, der zeigt und zugibt, daß in dieser Parei ebenso verschiedene Auffassungen miteinander ringen wie in der Deutschen demokratischen Partei. Der Gedanke der großen Koalition, sagt Stresemann, sei eine schwere Belastungsprobe für die Partei, bei der Verstand und Gefühl im Kampfe liegen und bei der die verständnismäßigen Argumente den Massen der Parteifreunde schwer zu Bewußtsein zu bringen seien. Daß diese gefühlsmäßig denkende Gruppe in der Volkspartei nicht klein ist, zeigt die weitere Bemerkung, daß man der Kritik nicht das Wort verschließen dürfe. Wenn aber die Führung einmal gewählt sei, müsse sie auch das Recht haben, den Weg zu bestimmen, den die Partei gehe. Das sind im wesentlichen dieselben Probleme, wie sie den Parteitag der Deutschen demokratischen Partei in Bremen bewegt haben.

Provinz und Nachbarländer.

† **Jena**, 30. Nov. Die Weltfirma Carl Zeiß, Optische Werkstätten in Jena, beging am 17. November 1921 ihr 75jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß gab die Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena, eine 32seitige illustrierte Jubiläumsnummer heraus, die in jeder Hinsicht der Bedeutung der Firma gerecht wird. Anerkannte Persönlichkeiten, wie der bekannte Jenaer Physiker Prof. Auerbach, Prof. Straubel-Jena, der geistige Urheber des für die Thüringer Industrie so wichtigen Saaletalsperrenprojektes, Prof. Willbrandt-Tübingen und viele andere hervorragende Wissenschaftler und Volkswirtschaftler wurden vom Verlag als Mitarbeiter gewonnen. Ihre Aufsätze sind für jeden von Wert, der dem großen und eigenartigen Werke Abbes teilnehmend gegenübersteht und die Bedeutung dieses Großbetriebes zu schätzen weiß. Der Verlag versendet die Jubiläumsnummer an Interessenten zum Preise von 3 M einschließlich Porto.

Ein Tauschverfahren zwischen Landwirtschaft und Kohlen- und Kali-Industrie.

Halle, 30. Nov. In Halle fanden sich auf Anregung des Landbundes der Provinz Sachsen als Ausfluß einer Reihe von Vorbesprechungen unter Leitung von Prof. Wolff, dem Leiter des Statistischen Amtes in Halle im Hause der Landwirte, Franckestraße 8, am Montag Vertreter der Braunkohlen-, Stickstoff- und Kaliindustrie, sowie des Landbundes und Vertreter der Arbeiterschaft, insonderheit der Gewerkschaften, zu einer unverbindlichen Aussprache zusammen. In dieser wurde über die Möglichkeit diskutiert, unabhängig von den Schwankungen des Markwertes und der sonstigen Preisbewegungen

direkte Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher herzustellen.

Es wird geplant, zunächst nach festen Gleichungen Produkte der Landwirtschaft nach einem sicheren, auf längere Sicht festgelegten Verhältnis gegen die der Industrie umzusetzen, dergestalt, daß die Landwirtschaft eine bestimmte Anzahl Zentner von Kartoffeln, Mehl und Hülsenfrüchten liefert, um dafür entsprechende Mengen an Kali, Kohle oder Stickstoff als Gegenleistung zu empfangen. Die Industrie könnte auf diese Weise ihre Arbeiterschaft mit Lebensmitteln beliefern, und so würde ein wichtiger Grund für Lohnkämpfe in Fortfall kommen. Die Industriearbeiterschaft, die zum großen Teile schon selber zu der Erkenntnis gekommen ist, daß sie von dem selbst innerhalb einer einzelnen Lohnwoche in seinem Werte sinkenden Papiergelde keinen Nutzen hat, würde zu einer Art von Deputatempfänger. Auch derjenige Arbeiter, der über kein Kapital verfügt, sichert sich auf diese Weise den notwendigen Jahresbedarf an Kartoffeln, Mehl und Hülsenfrüchten. — Die Landwirtschaft, der dadurch eine bestimmte Menge ihrer Bedarfsartikel gesichert wird, könnte ihre Erzeugnisse abgeben, ohne befürchten zu müssen, daß durch die Entwertung des Papiergeldes sie nicht die nötigen Betriebsmittel hat, um das ganze Jahr hindurch den Lohn zu bezahlen und die erforderlichen Dünge- und Futtermittel zu beschaffen. Auch den anderen Bevölkerungskreisen kommt dies Verfahren zugute, einmal durch die Produktionssteigerung, die aus der reicheren Düngemittelbelieferung folgt, ferner dadurch, daß die preistreibende Nachfrage der kaufkräftigen Industrie und ihrer Arbeiter wegfällt. Endlich wird durch die Ausschaltung alles überflüssigen Zwischenhandels der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher verkürzt. — Wenn erklärlicherweise auch während dieser Sitzung eine bestimmte Stellungnahme noch von keiner Seite erfolgen konnte, so ließ sich doch ein erhebliches Interesse an dem neuen Problem bei allen Teilnehmern feststellen. Es wurde beschlossen, in engerem Kreise die Erwägungen durchzuprüfen. Sollte sich dies Tauschverfahren in der hier ausgeführten Weise zur Durchführung bringen lassen und im kommenden Frühjahr die getroffene Regelung bewähren, so ist für das nächste Wirtschaftsjahr die Durchführung im großen und die Ausdehnung auch auf andere Wirtschaftszweige und Bevölkerungskreise geplant.

Kleine Rundschau.

In Hirschendorf brach im Gehöft des Gastwirtes Hopf Feuer aus, das auf das Nachbargrundstück übergriff und beide Anwesen einäscherte. — Auf dem Rittergut in Frotschau brannte ein Pferdestall mit 8 Pferden nieder. — In Dessau drangen zwei Räuber in die Wohnung eines hochbetagten Altwarenhändlers, hinderten den Greis am Schreien und raubten 7000 M. — Bei einem Einbruch in ein Halberstädter Lyzeum fielen den Dieben Kleidungsstücke in die Hände, die zu wohltätigen Zwecken dort aufgestapelt waren. — Einem schweren Schadenfeuer in Holzminden fielen mehrere Ställe und zwei gefüllte Scheunen zum Opfer. — In Erfurt wurden zwei galizische Betrüger festgenommen, die einem Kaufmanne Goldspäne anboten und ihm einen Beutel mit Messing überließen — Hinter der Oettlerschen Brauerei bei Weißenfels wurde am Tage eine 22jährige Pfarrerstochter von einem Manne angefallen und durch Dolchstiche verletzt. Da sich die Überfallene wehrte, ergriff der Täter die Flucht. — Aus der Mühle in Kospa wurden bei einem Einbruche 12 Zentner Getreide gestohlen. — In Leipzig wurde in der Nähe des Hauptbahnhofes ein junger Radfahrer von einem Straßenbahnwagen tödlich überfahren. — In Gautzsch hat sich ein schon lange gesuchter Einbrecher selbst der Polizei gestellt und seine Taten eingestanden. — In Apolda starb vor einigen Tagen ein Arbeiter an Gasvergiftung. Da auch die anderen Familienmitglieder an Gasvergiftung erkrankt sind, mußte das ganze Haus geräumt werden. — In Schorndorf wurde einem Fremden das Nachtlager verweigert. Aus Wut darüber warf er einen Stein in die Gaststube, wodurch die 70jährige Frau des Gastwirtes auf der Stelle getötet wurde. — Durch einen Tritt auf die herabgefallene Hochspannungsleitung in Tackau kam das eine Pferd eines Fuhrwerkes zu Tode. — Die beiden in Vogelsdorf durch eine Zigeunerbande geraubten Mädchen wurden diesen wieder abgenommen. — Bei Ausschachtungsarbeiten bei Köthen wurde ein Steinzeitskelett gefunden. — In Helmstedt wurde ein junges Mädchen von einem Manne überfallen, der ihr Uhr und Halskette abnahm.

Merseburg und Umgegend.

30. November.

Der neue Eisenbahntarif.

(Vom 1. Dezember ab.)

Die schon vor geraumer Zeit angekündigte Fahrpreiserhöhung der Reichseisenbahn tritt am 1. Dezember in Kraft. Die Erhöhung im Personenverkehr beträgt zunächst 30 Prozent. Aber schon am 1. Februar n. J. wird sie durch eine neue 50prozentige Steigerung abgelöst werden, so daß wir im Frühjahr mit den doppelten jetzigen Fahrpreisen zu rechnen haben. Im Güterverkehr ist ja schon der 80prozentige Aufschlag seit dem 1. November in Kraft, und ist auch hier mit einer weiteren Steigerung in Kürze zu rechnen.

Die Schnellzugszuschläge

betragen vom 1. Dezember ab:

Zone I (1—75 km) für die 1. und 2. Kl. 10 M, 3. Kl. 5 M,
Zone II (75—150 km) für die 1. und 2. Kl. 20 M, 3. Kl. 10 M,
Zone III (über 150 km) für die 1. und 2. Kl. 30 M, 3. Kl. 15 M.

Nachstehend die Preise für folgende Strecken:

	3. Kl.	4. Kl.
Merseburg—Leuna	1,30 M	1,— M
Merseburg—Halle	3,70 „	2,50 „
Merseburg—Weißenfels	5,— „	3,30 „
Merseburg—Schafftädt	4,70 „	3,20 „
Merseburg—Mücheln	4,50 „	3,— „
Merseburg—Leipzig (über Corbetha)	12,— „	8,— „
Merseburg—Leipzig (über Halle)	15,— „	9,50 „
Merseburg—Berlin	46,— „	30,— „
Merseburg—Magdeburg	26,— „	17,— „
Merseburg—Naumburg	8,50 „	6,00 „
Merseburg—Könnern	12,— „	8,— „
Merseburg—Erfurt	25,— „	17,— „
Merseburg—Zeitz	13,— „	8,50 „
Merseburg—Frankfurt	93,— „	63,— „

Wochenkarten.

Merseburg—Leuna 4,30 M. Merseburg—Halle 10,— M

Monatskarten.

	3. Kl.	4. Kl.
Merseburg—Halle	58,— M	39,— M
Merseburg—Leuna	25,— „	17,— „

Schülermonatskarten

kosten die Hälfte der gewöhnlichen Monatskarten.

*

** **Personalien.** Ober-Kassenvorsteher i. R. Grunert ist mit Wirkung vom 1. April 1920 zum Eisenbahn-Inspektor ernannt.

** **Der neue Milchpreis 4,40 M und 3,60 M das Liter.** Wie aus einer Bekanntmachung in der heutigen Zeitung ersichtlich, ist der Milchpreis für den Monat Dezember auf 3,60 M für verbilligte Milch und 4,40 M für die übrige Milch festgesetzt worden. Daß eine neue Verteuerung der Milch einsetzen mußte war bei der allgemeinen Preissteigerung vorauszusehen. Um nun Kindern unter 2 Jahren und den werdenden Müttern, denen die Milch in erster Linie nötig ist, dieses wichtige Nahrungsmittel nicht gar zu verteuern, hat der Magistrat beschlossen, den Milchpreis zu teilen und verbilligte Milch zu liefern, wie es schon in anderen Städten, wie Magdeburg usw., gebräuchlich ist. Dementsprechend stellen sich die Preise für die übrige Milch etwas höher, um einen sonst entstehenden Fehlbetrag zu decken. So wurde dann obiger Preis festgesetzt. In Halle beträgt augenblicklich der Milchpreis 4,40 M, in Leipzig 5 M und in Magdeburg 5 M bezw. verbilligte Milch 4 M.

** **Zur Aufklärung über den angeblichen Margarinewucher,** von dem dieser Tage auch in unserer Zeitung eine Meldung über Beschlagnahme in Berlin enthalten war, veröffentlichen die Bahrenfelder Margarine-Werke A. L. Mohr im Anzeigenteil der heutigen Zeitung eine Anzeige. Dazu wird uns von der Firma noch mitgeteilt, daß von einer übermäßigen Preissteigerung keine Rede sein kann. Die Firma Mohr nimmt durchaus keine Ausnahmestellung ein, da die Margarinepreise bekanntlich vom Margarineverband mit Genehmigung des Reichsernährungsministers festgesetzt sind und auch weiterhin festgesetzt werden. Die Firma hat gegen die Beschlagnahme der Ware in ihrer Niederlassung Berlin Einspruch erhoben und bleibt abzuwarten, wie sich das Reichsernährungsministerium zu der Angelegenheit stellen wird.

** **Der deutsche Postminister unterstützt Esperanto.** Der deutsche Postminister gab seine Zustimmung, daß die Ober-Post-Direktionen amtlich feststellen, welche Post-, Telegraphen- und Telefonbeamte Esperanto können oder jetzt lernen und daß die OPD. die Adressen von den Post-, Telegraphen- und Telefon-Esperantisten dem Vorsitzenden des internationalen Esperanto-Bundes der Postbeamten, Ober-Reg.-Rat O. Reber in Bamberg mitzuteilen haben. Hoffen wir, daß die Postverwaltungen anderer Länder diese lobenswerte Handlung des deutschen Postministers nachahmen, ja daß sie die amtliche Feststellung alljährlich wiederholen, um zu konstatieren, bis zu welchem Grade Esperanto sich ausbreitet unter den Postbeamten und Beamtinnen. Man benachrichtigt uns, daß der Erlaß des deutschen Postministers schon jetzt eine gute Wirkung zeitigte, indem 2 Esperanto-Kurse von Postbeamten in Braunschweig begonnen haben.

** **Das Wegnehmen einer Zeitung ist Diebstahl.** Zu den unangenehmsten Erscheinungen im Zeitungsleben gehört das Verschwinden von bestellten Zeitungen. Der Abonnent ist erbost und beschwert sich, dem Zeitungsboten wird der Vorwurf mangelnder Bestellung gemacht, und in Wirklichkeit hieß ein anderer die Zeitung mitgehen, weil er sich dadurch die wenigen Pfennige für ein Abonnement sparen wollte. Die Zeitungsdiebe seien daher auf die Gerichtsentscheidung aufmerksam gemacht, nach der sie für die Entwendung von Zeitungen Bestrafung zu gewärtigen haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211130-13/fragment/page=0002

** Es gibt noch Auszeichnungen an der Uniform. Die Beamten verschiedener Dienstklassen der Reichsbahn erhalten als Auszeichnung das Recht, besondere Abzeichen in Form von Schnüren oder dergl. an der Dienstkleidung zu tragen. Wegen der Abschaffung der Orden und Ehrenzeichen waren Zweifel entstanden, ob das Recht zum Tragen solcher Dienstauszeichnungsschnüre und dergl. noch verliehen werden könne. Der Reichsverkehrsminister will sie aber nach wie vor zulassen, da es sich um Uniformabzeichen handelt. Ob sie beibehalten werden, ist noch nicht entschieden. Es soll nämlich die Dienstkleidung bei der Reichsbahn demnächst einheitlich vorgeschrieben werden. Besondere Besitzzeugnisse sind nicht mehr auszustellen.

** Einen ziemlich großen Schaden durch den starken Frost erlitt eine hiesige Produktenhandlung dadurch, daß ihr ein ganzer Eisenbahnwaggon erfrorener Kartoffeln angerollt wurde. Die Kartoffeln waren zur menschlichen Nahrung nicht mehr zu verwenden und wurden als erfrorene Kartoffeln an eine andere Firma abgegeben. Außer dem Schaden für die Handlung ist das auch ein empfindlicher Schaden für die Kartoffelversorgung der Einwohnerschaft.

** Unglück auf der Fahrt zur Jagd. Heute vormittag ging am Kriegerdenkmal vor dem Gotthardtstore das Pferd eines auf der Ausfahrt befindlichen Jagddogcart durch. Das Geschirr kippte um und die beiden Insassen wurden herausgeschleudert. Während ein Insasse mit schweren Hautabschürfungen davon kam, mußte der zweite Insasse weggetragen werden.

** Große Geflügelausstellung. Die für den 10. und 11. Dezember im „Neuen Schützenhaus" in Aussicht stehende Geflügelausstellung des Vereins zur Hebung der Geflügelzucht hat einen ziemlich reichlichen Eingang von Anmeldungen zu verzeichnen. Die Frist für Anmeldungen — bei Herrn Wünsche, Bismarckstraße 48, oder in dessen Ladengeschäft, im Seitenbeutel, einzureichen — wird am Mittwoch abend, 30. November, bezw. Donnerstag früh geschlossen.

** Der Philharmonische Orchesterverein veranstaltet seine nächsten Konzerte am Donnerstag und Freitag dieser Woche. Laut Anzeige in der gestrigen Zeitung beginnen die Konzerte pünktlich um 7¼ Uhr. Da die Türen bei Beginn geschlossen werden, ist ein rechtzeitiger Besuch notwendig.

** Günzburg-Konzert. Laut Anzeige in dieser Zeitung findet am heutigen Mittwoch abend im großen Saale des „Neuen Schützenhauses" ein Konzert des erblindeten Violinvirtuosen S. Günzburg aus Halle statt. Gleichzeitig wirkt die Klaviervirtuosin Elsa Günzburg-Oertel mit. Die Spielfolge des Konzerts ist eine vorzügliche und verspricht einen künstlerischen Abend. So bietet die Violine das G-moll-Konzert von Bruch und Ballade und Polonaise von Vieuxtemps. Dem Klavier sind vorbehalten die Rhapsodie H-moll und G-moll von Brahms, Zyklus Karneval von Schumann, Berceuse von Chopin und Echo de Vienne von E. v. Sauer. Das Konzertpianoforte ist von R. Meckert hier zur Verfügung gestellt worden.

** Warum halten die Angestellten an der Angestelltenversicherung fest? Über dieses Thema spricht am Sonnabend dieser Woche in Müllers Hotel hier in einer Versammlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten Herr Franz Dittmar von der Bundesleitung in Berlin. Zu der Versammlung haben auch dem Bund Fernstehende Zutritt. Näheres im Anzeigenteil der heutigen Zeitung.

** Der Arbeiter-Samariterbund Kolonne Merseburg veranstaltet laut Anzeige in dieser Zeitung am morgigen Donnerstag im Saale der Funkenburg hier eine öffentliche Werbeversammlung. In dieser wird Herr Gramann-Halle über Zweck und Ziele des Arbeiter-Samariterbundes sprechen, anschließend freie Aussprache.

** Bunter Abend. Der Verband der Maschinisten und Heizer der bauenden Firmen zu Leuna veranstaltet am Sonnabend den 3. Dezember im Strandschlößchen einen Bunten Abend, unter Mitwirkung des Theater-Vereins Diana zu Halle. Da beiderseits gute Kräfte vorhanden sind, dürfte den Besuchern ein heiterer Abend bereitet werden. Siehe Anzeige in der heutigen Zeitung.

** Eine Erhöhung der bahnamtlichen Rollsätze tritt am 1. Dezember d. Js. für die Stadt Merseburg in Kraft und wird von der Eisenbahndirektion im Anzeigenteil der heutigen Zeitung bekannt gegeben.

** Mieter, Wohnungssuchende, Bauhandwerker werden auf die im Anzeigenteil befindliche Bekanntmachung des Bundes Deutscher Bodenreformer besonders hingewiesen.

*

Die Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei

Ortsverein Merseburg, sind schon im Anzeigenteil unserer Zeitung mehrfach zur Mitgliederversammlung am heutigen Mittwoch im Tivoli (Kleiner Saal) eingeladen worden. Am heutigen Abend werden sie aus dem Munde des Delegierten, Kreismedizinalrates Dr. Kühnlein, den Bericht über den Parteitag der Deutschen demokratischen Partei in Bremen hören. Dieser Bericht interessiert jedes einzelne Mitglied sehr, zumal auch der Delegierte als ein vorzüglicher Redner bekannt ist, der ein genaues Bild von den Verhandlungen und dem Eindruck des Parteitages entwerfen wird. Dem Vortrag voraus gehen geschäftliche Mitteilungen. Der Aussprache über den Vortrag ist genügend Zeit vorbehalten. Es kommt nur darauf an, daß kein Mitglied seine Ehrenpflicht gröblich verletzt und der Versammlung ohne zwingenden Grund fernbleibt. Das Erscheinen aller Mitglieder zu dieser wichtigen Versammlung ist unbedingt erforderlich. Aber auch Gäste und Freunde der Partei sind zu der Versammlung herzlich willkommen. Und jeder Besucher komme pünktlich

heute abend zur Versammlung im Tivoli ½8 Uhr.

*

Ausstellung in den Jugendwerkstätten im Jugendheim Altes Kloster.

Wie die Anzeige in der heutigen Zeitung sagt, findet am Sonntag den 4. Dezember von 11½ Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags eine Ausstellung von Arbeiten aus dem Einführungskursus für Werkstattleiter von Jugendwerkstätten in einfacher Holz-, Metall- und Pappgestaltung statt.

Die Ausstellung wird den Besuchern zeigen, wie unter Anwendung einfachster Technik gute Spielsachen und brauchbare Gegenstände hergestellt werden können. Die Grundlage der Gestaltung ist die Zeichnung, die eine Vielseitigkeit der Form- und Schmuckgestaltung im Sinne des neudeutschen Kunstgewerbes erstrebt. Besondere Sorgfalt wird der farbigen Behandlung der Spielsachen und Papparbeiten entgegengebracht. Eine eigene Note erfährt die Arbeit durch die werkgerechte Verwendung von Rest- und Abfallstoffen in der Holz- und Metallgestaltung. Bedeutungsvoll ist die wechselseitige Anregung durch die Mannigfaltigkeit der Formengebung. Der Besucher hat Gelegenheit, reizende Sachen, die die Kursusteilnehmer aus Holz, Metall und Pappe hergestellt haben, zu bewundern.

Die Leitung der Kurse liegt in den Händen des Leiters der Beratungsstelle für Jugendwerkstätten im Regierungsbezirk Merseburg, des Zeichenlehrers Schlosser aus Halle. Seine Mitarbeiter in den einzelnen Zweigen der Handfertigkeiten sind: Lehrer Lange aus Halle, Frau Dänicke aus Weißenfels und Tischler Patzsche, Merseburg.

Wie lebhaft jetzt das Verlangen nach Betätigung der Jugend in Jugendwerkstätten ist, davon zeugt der starke Andrang der Jugendlichen in Merseburg zu dieser Beschäftigung. Es werden in der Merseburger Jugendwerkstatt im Alten Kloster augenblicklich unterwiesen: 7 Gruppen in Holzarbeit, 2 Gruppen in Papp- und 2 Gruppen in Metallarbeit. Versäume keiner, die Ausstellung zu besuchen. Er hat außerdem bei Besuch der Ausstellung Gelegenheit, die vorzüglichen Einrichtungen der Werkstätten, der Jugendherbergen usw. in dem Alten Kloster sich anzusehen. — Der Eintritt ist frei.

*

Richtlinien für Beamtenversetzungen.

Der Reichsminister für Finanzen hat folgendes verfügt: In Anbetracht der außerordentlich hohen Ausgaben an Umzugskosten, die unter den zeitigen Verhältnissen bei Versetzungen von Beamten entstehen, halte ich es zur Entlastung der Reichsfinanzen für geboten, daß für die Folge bei Vornahme von Versetzungen nachstehende Richtlinien berücksichtigt werden: Die für die Gewährung von Umzugskosten bei Versetzungen von Reichsbeamten maßgebende Vorschrift im § 17 der Verordnung betreffend die Tagegelder usw. der Reichsbeamten vom 8. September 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 993) sieht eine unterschiedliche Behandlung einer auf Ansuchen und einer von Amts wegen erfolgten Versetzung nicht vor. Es versteht sich jedoch von selbst, daß das Reich keine Veranlassung hat, die Kosten einer Versetzung, für die persönlichen Wünsche eines Beamten ausschlaggebend waren, zu übernehmen. Hierzu ist es vielmehr nur dann in der Lage, wenn das dienstliche Interesse an der Versetzung überwiegt. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, muß daher stets geprüft werden, wenn ein Beamter unter Geltendmachung persönlicher Gründe seine Versetzung erbittet. Ist das nicht der Fall, sondern ist vielmehr für die Versetzung die Rücksichtnahme auf die persönlichen Verhältnisse des Beamten allein bestimmend, so wird vor der Entscheidung auf das Gesuch dem Beamten zu eröffnen sein, daß, wenn dem Gesuch stattgegeben werden solle, die Umzugskosten von ihm selbst zu tragen seien, und daß sein Gesuch keine Aussicht auf Erfolg habe, wenn er sich zur Tragung der Umzugskosten nicht bereit erkläre. Eine entsprechende Erklärung des Beamten ist aktenkundig zu machen.

*

Helft der „Hilfe"!

In der am Sonntag erscheinenden Nummer der von Naumann begründeten Zeitschrift „Die Hilfe" erheben Verlag und Redaktion einen zu Herzen gehenden Notschrei. Die „Hilfe" ist in Not. Wenn sie fortbestehen soll, müssen alle ihre Freunde helfen. Die furchtbare Entwertung des Geldes hat die Herstellungskosten schon seit langem so sehr gesteigert, daß sie durch die Bezugspreise nicht annähernd mehr gedeckt werden und nur die Unterstützung einiger treuer Freunde die Fortführung bisher ermöglicht hat. Jetzt aber sind die Mittel erschöpft und deshalb wendet sich „Die Hilfe" an die Gesamtheit ihrer Leser- und Freundeskreise mit der Bitte, die Last mittragen zu helfen. Wir unterstützen diese Bitte von ganzem Herzen. Es wäre nicht nur ein parteipolitischer, sondern auch ein kultureller Verlust, wenn Naumanns Werk, das bisher über alle Fährlichkeiten siegreich hinwegkam, jetzt unter der Ungunst der Zeit zugrunde gehen würde und alle von Naumann gebrachten Opfer umsonst gewesen wären. Darum helft der „Hilfe"!

*

Starke Erhöhung der Düngerstickstoffpreise.

Ein harter Schlag für die Landwirtschaft und in weiterer Auswirkung natürlich wieder für die Verbraucherkreise ist die soeben erfolgende Bekanntgabe einer ganz außerordentlichen Erhöhung der Düngerstickstoffpreise durch das Stickstoffsyndikat G. m. b. H., begründet mit der fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark und den im Zuge befindlichen Kohlenpreis-, Lohn- und Frachtpreiserhöhungen. Ab 5. Dezember kostet schwefelsaures Ammoniak gewöhnlicher Ware 25,80 M (bisher 17,40 M) das Kilogramm, schwefelsaures Ammoniak gedüngt und gemischt 26,40 M (bisher 18 M), Natronsalpeter 31,20 M (bisher 24 M), Kalkstickstoff 23 M (bisher 15,50 Mark). Auch nach der Preiserhöhung stellt sich der Auslandspreis des Stickstoffes immer noch 3¼ mal so teuer wie der deutsche Stickstoff.

*

Für unsere Hausfrauen.

Freibank: Donnerstag vormittag von 8—11 Uhr Fleischverkauf.

*

Wetterwarte.

W. W. am 1. 12. (Donnerstag): Teils heiter, teils stark neblig, trocken, starker Frost. — 2. 12. (Freitag): Teils heiter, teils neblig, trocken, starker Frost.

R. Cröllwitz, 30 Nov. Am 5. November hatte ein hiesiger Einwohner eine Hochzeitsfuhre nach dem Standesamt übernommen. Bei dieser Gelegenheit hatte er das Pech, sein Geldtäschchen mit etwa 400 M und dem Jagdschein zu verlieren. Am 8. November, abends in der 7. Stunde, beobachtete der Verwalter des Verlierers vom Fenster aus einen ihm bekannten Mann, als dieser die Dorfstraße herabkam, dann umkehrte und sich an der Hoftür zu schaffen machte. Als der Verwalter hinzueilte, fand er den Jagdschein in die Türe eingeklemmt. (Andern Tags sollte Treibjagd stattfinden.) Mit Rücksicht hierauf nimmt der Verlierer an, daß der Finder sich nur einen schlechten Scherz mit ihm machen will oder zum Heiligen Christ eine abermalige Überraschung plant.

r. Döllnitz, 30. Nov. Bei dem starken Nebel am Freitag abend kurz nach 6 Uhr wurde auf dem Wege zwischen der Reidebrücke und der hiesigen Rittergutsziegelei eine von Ammendorf nach Döllnitz zurückkehrende hiesige junge Dame von einem Fremden überfallen, etwa 30 Schritte weit ins Feld geschleppt und zu vergewaltigen versucht. Die Überfallene vermochte, trotzdem, daß der Wegelagerer sie würgte, einen Schrei auszustoßen, so daß ein Passant zur Hilfe herbeieilte, worauf der Täter unter Mitnahme des Handtäschchens die Flucht ergriff und unerkannt entkam. Am andern Morgen fand sich am Tatorte nur das Taschentuch der Überfallenen vor. Nach dem Täter wird eifrig gefahndet.

p. Zöschen, 30. Nov. Der Nebel in der vergangenen Woche war den lichtscheuen Dieben sehr willkommen, denn sie benutzten ihn dazu, ganze Wagenladungen Zuckerrüben von dem dem Rittergut Kriegsdorf gehörigen Acker zu stehlen. Eine Haussuchung, die an drei Stellen hier stattfand, ergab die Richtigkeit des Verdachtes, und die Rüben konnten wieder abgefahren werden. Sicher ein schwerer Schlag für die Schweinemäster!

p. Zweimen, 30. Nov. Nirgends ist das Rad sicher. So wurde kürzlich in Merseburg einem Landwirt aus Zweimen, welcher sein Rad vorsichtshalber 2 Treppen hoch mitgenommen hatte, dieses doch gestohlen.

r. Gröbers, 30. Nov. Der in weiten Kreisen bekannte und geachtete, in guten Verhältnissen lebende hiesige Fleischermeister K. setzte am Sonnabend morgen seinem Leben durch Erhängen ein vorzeitiges Ziel. Welche Motive den Unglücklichen zu dem bedauernswerten Schritte bewogen haben, entzieht sich näherer Kenntnis.

Turnen — Spiel — Sport.

VfL.

Weitere Resultate vom vergangenen Sonntag: Die Liga-Reserve gewann die Punkte kampflos, da Sportfreunde Liga-Reserve nicht antrat. Die anderen Mannschaften waren spielfrei. — II. Jugend und I. Knaben hatten die gleichen Mannschaften von Naumburg 05 zu Gaste. Während die II. Jugend mit 2:1 gewann (Naumburg brach kurz nach Halbzeit das Spiel ab), konnte die Knabenmannschaft nur ein Unentschieden von 1:1 herausholen. — Die IV. Jugend gewann gegen Sportring III-Mücheln mit 3:1. — Die II. Knabenmannschaft weilte in Schafstädt und siegte mit 4:0.

Sportfreunde I—Eintracht II-Halle 2:0 (0:0).

Am vergangenen Sonntag standen sich obige Mannschaften in Halle im Gesellschaftsspiel gegenüber. Sportfreunde spielen reichlich überlegen, können aber infolge Schußunsicherheit im Sturm nichts Zählbares erreichen. Mit 0:0 geht es in die Pause. Eintracht verteidigt oft mit der ganzen Mannschaft, bis endlich der Linksaußen Gädicke mit einem Prachtschuß das erste Tor erzielt. Fünf Minuten darauf folgt das zweite Tor durch May II. Die vielbeinige Verteidigung des Gegners verhindert eine größere Niederlage. (Eckenverhältnis 7:3 für Sportfreunde.)

Sechs Gaumeisterschaften in Merseburg.

Am Sonntag den 27. November fand im Reichskanzler hier im Anschluß an eine Sitzung des Gauschiedsgerichts des Nordostthüringer Turngaues die zweite Versammlung der Spielwarte in der Spielserie 1921 unter Leitung des Gauspielwartes Frohne statt. Nach dem Bericht über das Jahr 1921 errangen folgende Vereine Gaumeisterschaften: Faustball I. Klasse: VfL.-Merseburg, Faustball II. Klasse: T.-V. Friesen Weißenfels; Faustball III. Klasse (über 40 Jahre): Turnerische Vereinigung Merseburg; Faustball IV. Klasse (Jugend): Männer-T.-V. Merseburg; Faustball V. Klasse (Turnerinnen): Turnerische Vereinigung Merseburg. — Schlagball I. Klasse: Turn- und Rasensport-V. Weißenfels: Schlagball II. Klasse: Männer-T.-V. Weißenfels. — Trommelball für Turnerinnen: Turnerische Vereinigung Merseburg. — Ball über die Schnur: Männer-T.-V. Merseburg. Das Ergebnis ist für unsere Stadt ein recht erfreuliches und beweist erneut, daß das Spiel in den Merseburger Turnvereinen eine gute Pflegestätte hat. Die für 1921 aufgestellten Richtlinien haben sich im großen und ganzen bewährt und sollen auch für 1922 Anwendung finden. Als Neuerung für die neue Spielserie ist zu erwähnen, daß aus den fünf besten Vereinen der I. Klasse im Faustball eine Sonderklasse gebildet wird. Außerdem wurde die Bildung einer Schiedsrichter-Prüfungskommission beschlossen und die Veranstaltung von Werbespielen in Vorschlag gebracht, um die ländlichen Vereine und vor allem unsere Jugend mehr noch als bisher für die Turnspiele zu gewinnen. G.

VfB.-Löpitz—T.-V. Gerbstedt 2:4 (0:2).

Das am Sonntag ausgetragene Freundschaftsspiel endete mit einem Siege der Platzbesitzer. Die Niederlage des VfB. war unverdient, da Löpitz sehr eifrig und meist überlegen spielte. Löpitz trat mit nur 10 Mann, ohne Mittelstürmer, an. Kurz vor Halbzeit wurde Gerbstedt überlegen und ging durch zwei unhaltbare Schüsse in Führung. Nach Wiederanpfiff kommt Gerbstedt kaum noch auf, und der Ausgleich konnte erzielt werden. Durch ein Selbst- und ein Abseitstor kann Gerbstedt den Sieg an sich reißen. Der Schiedsrichter konnte nicht gefallen.

Turner-Städtewettkampf Kassel—Frankfurt—Hannover.

Der Städtewettkampf im Kunst-Turnen zwischen Kassel, Frankfurt und Hannover brachte einen großen Erfolg. Schon acht Tage vor der Veranstaltung waren sämtliche Eintrittskarten verkauft. 4000 Zuschauer waren Zeuge dieses hervorragenden turnerischen Ereignisses, das Kassel und Frankfurt mit je 538 Punkten als Sieger sah. Beim Reck, dem letzten Gerät, erreichte die Spannung ihren Höhepunkt, da zuvor die drei Städte nur je drei Punkte auseinander waren. Hannover blieb schließlich mit 532 Punkten etwas hinter seinen Mitbewerbern zurück.

Saalegau VMBV.

Neue Termine am 4. Dezember 1921. 2 Uhr: Ol. I—99 I-M. (Thiele 96) Cometplatz; Eintr. I—Sportv. I (Scherf); 1910 I—Reideburg I (Vollmer). ½1 Uhr: 1910 II—Reidebg. II (96). 10 Uhr: Ol. II—99 II-M. (Wa.). 2 Uhr: Mücheln III—99 IV-M. (Neumark); Körbisdorf II—Germ. III.-M. (Kötzschen); Querf. II—Kötzschen III (Schafstädt); Sportfr. IV—VfL. IV-M. (98); 98 III—Wa. III (Fav.)

Am 11. Dezember 1921. 2 Uhr: Comet I—Pr. I-M. (Neuchel 98); Ol I—Rietl. I (Knoche 96); Eintr. I—1910 I (Scherf); Sportv. I gegen Reidebg. I (Gebhardt); 1910 II—Reidebg. II (Ol.); Neumark III gegen Körbisdorf II (Mücheln); 99 IV-M.—Querfurt II (Germ.-M.).

Busch. Biebach.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ Wegen fortgesetzter Lohnabtreibung wurde vom Schwurgericht in Halle die Bergmannsehefrau Anna Telle geb. Hoffmann in Eisleben zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Geschworenen beschlossen gleichzeitig einstimmig für diese Angeklagte, die durch wirtschaftliche Nöte auf diese schiefe Bahn gekommen ist, ein Gnadengesuch einzureichen. Zwei junge Mädchen, welche die Hilfe der Frau Telle in Anspruch genommen hatten, wurden zu 6 bezw. 8 Monaten Gefängnis verurteilt, doch soll ihnen bei guter Führung während der nächsten 3 Jahre die Strafe erlassen werden. Br.

Schadenersatzpflicht der Betriebsräte.

Gegen den Arbeiterrat einer Firma hat das Landgericht Dresden ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Aus Anlaß einer Streitigkeit mit der Betriebsleitung forderte der Arbeiterrat die sofortige Entlassung eines Werkmeisters unter gleichzeitiger Streikandrohung für den Weigerungsfall. Der entlassene Werkmeister verklagte die Firma und erzielte ein Urteil auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 3000 M. Die Firma ihrerseits verklagte den Arbeiterrat auf Schadenersatz nach § 823 B.G.B. Dieser Klage gab das Gericht statt und verurteilte den Arbeiterrat als Gesamtschuldner zum Ersatz des Schadens einschließlich der Zinsen. In dem Verlangen des Arbeiterrats, den Werkmeister sofort zu entlassen, widrigenfalls ein Streik einsetzen werde, erblickte das Gericht einen Verstoß gegen die guten Sitten. Der gerichtlich festgesetzte Schaden muß von dem Arbeiterrat ersetzt werden, da es sich um eine gemeinschaftliche unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 623 und 822 Abs. 1 des B.G.B. handelt. — Das H.-D.'sche Verbandsorgan „Der Bergarbeiter" veröffentlicht diese Entscheidung in Nr. 23 vom 11. November und fügt die Bemerkung hinzu: „Obwohl man verschiedener Meinung darüber sein kann, ob es von dem Arbeitgeber richtig war, auf die Forderung dieser Arbeiter überhaupt einzugehen, halten wir das Urteil für richtig und hoffen, daß es auf die Kreise, die entgegen dem Willen der Organisationsleitungen die Gewalt im Klassenkampfe nicht glauben entbehren zu können, abschreckend wirken möge."

Urteilsantrag gegen den französischen Frauenmörder.

Paris, 30. Nov. Im Prozeß gegen den vielfachen Frauenmörder Landru beantragte der Staatsanwalt Bejahung aller Schuldfragen und Todesstrafe.

Verurteilung von Wucherern.

Aachen, 30. Nov. Das hiesige Wuchergericht verurteilte einen Kleinhändler wegen Verkaufes von Eiern an Belgier zu vier Monaten Gefängnis und 5000 M Geldstrafe. Mehrere andere Personen wurden wegen ähnlicher Vergehen zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilt. In Herlen sind Eier mit 23 M das Stück verkauft worden.

Vermischte Nachrichten.

* 13 000 Kisten Whisky beschlagnahmt. Die „Chicago Tribune" meldet aus New-York: Die Polizei hat 13 000 Kisten schottischen Whiskys im Werte von einer Million Dollar beschlagnahmt, die unter falscher Zollangabe in die Vereinigten Staaten eingeschmuggelt werden sollten.

* Festnahme eines Mörders. In Berlin wurde auf dem Schlesischen Bahnhof der 29 Jahre alte Arbeiter August Tuttas von der Kriminalpolizei festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Er wird wegen Mordes von der Staatsanwaltschaft in Königsberg i. Pr. bereits seit längerer Zeit gesucht. Man fand bei ihm 100 000 polnische Mark und 2286 Mark deutsches Geld.

Zugzusammenstoß in Pommern.

Sechs Personen schwer verletzt.

Stettin, 30. Nov. Der Personenzug Kreuz—Arnswalde—Stargard stieß bei der Einfahrt in den Bahnhof von Dölitz auf einen rangierenden Güterzug. Trotz der verhältnismäßig langsamen Fahrt beider Züge war der Zusammenstoß so heftig, daß der Postwagen und ein Wagen des Personenzuges Feuer fingen und vollständig ausbrannten. Sechs Personen, darunter vier Postbeamte, wurden schwer verletzt. Bei einigen befürchtet man, daß sie nicht mit dem Leben davonkommen. Ärztliche Hilfe und Sanitätskolonnen waren sofort zur Stelle. Auch aus Stargard und Arnswalde wurde Hilfe gesandt. Der Materialschaden ist bedeutend. Die gesamte Post des Personenzuges ist vernichtet. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Eisenbahnunglück in Belgien.

Brüssel, 30. Nov. Nach Meldungen aus Brüssel hat vorgestern ein Zusammenstoß zwischen dem Zug Brüssel—Antwerpen und einem anderen Personenzug auf der Station Duffel, zwischen Mecheln und Antwerpen, stattgefunden. Fünf Personen wurden getötet, zwanzig verwundet.

Flammentod einer ganzen Familie.

Aus München-Gladbach wird gemeldet: In einem entfernt von der Stadt liegenden Wohnhause brach am Montag abend ein Brand aus, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Von den Bewohnern, Mann, Frau und vier Kindern, konnte sich nur der Mann durch einen Sprung aus dem Fenster retten, während die Frau und die Kinder, die anscheinend durch den Rauch betäubt worden sind, unter den zusammengestürzten Trümmern des Hauses verbrannten.

Dauernde Explosionen in Kelsterbach.

Höchst a. M., 30. Nov. In der Munitionszerlegungsanstalt Kelsterbach wurden durch Explosion einer Granate ein Mann getötet, vier schwer und zwei leichter verletzt.

Treibeis im Stettiner Hafen.

Wie die Blätter aus Stettin melden, führen infolge der starken Kälte der letzten Tage die Oder und das Stettiner Haff Treibeis, so daß Segelschiffe nur mit Schlepperhilfe verkehren können. — In der Umgebung Berlins fiel gestern das Thermometer 10 Gr. Cels. unter 0.

Durch Funkenflug verbrannt.

Plauen, 30. Nov. Gestern nachmittag brannte, wahrscheinlich infolge Funkenfluges, ein Güterwagen voll Rohbaumwolle aus. Der Inhalt wurde fast ganz vernichtet. Der Schaden beträgt eine Million Mark.

Drei Arbeiter durch Munitionsexplosion getötet.

Königsberg i. Pr., 30. Nov. Auf dem Exerzierplatz Karschau explodierte auf der Munitionszerlegungsstation eine Kiste mit Sprengkapseln. Es wurden drei Arbeiter in Stücke gerissen.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner, für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Rhinow, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 33.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131921130-13/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Ein Bodenraum
zum Möbel unterstellen frei! Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Heizb., möbl. Zimmer
sofort zu vermieten. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Junges Mädchen sucht **möbliertes Zimmer** mit Kochgelegenh. (Stadtmitte) Ang. u. 645 a. d. Exp. d. Bl.

2 anstdg. Herren, Beamte, **suchen möbl. Zimmer** mit 2 Betten. Preis Nebensache. Bettw. kann gestellt werd. Ang. u. 640 a. d. Exp.

Jg., anständig. Mann sucht **möbl. Zimmer.** Ang. u. 637 a. d. Exp. d. Bl.

Ein oder zwei **möblierte Zimmer,** mögl. mit Kochgelegenh., von ruh. kinderl. Ehepaar gesucht. Eigene Betten und Wäsche wird gestellt. Angeb. unter 636 an die Exped. d. Bl.

Jg. Architekt sucht **möbl. Zimmer.** Gefl. Angebote unter 642 an die Exp. d. Bl.

Eine Schlafstelle
von anständ. Herrn gesucht. Bett und Wäsche kann auch selbst gestellt werden. Angeb. unter 649 an die Exp. d. Bl.

Anständiger junger Mann sucht Schlafstelle mit oder ohne Abendbrot bei guter Bezahlg. Gefl. Ang. bitte zu richt. an Herrn Guderjahn, Kleine Sixtistraße 19.

Mädel sucht Schlafstelle
sofort geg. gute Bezahlung. Ang. u. 651 a. d. Exp. d. Bl.

2 jg. solide Herren suchen **Zimmer mit 2 Betten** evtl. mit Pension. Ang. u. 643 an die Exp. d. Bl.

Zur Aufklärung!

Die Margarinepreise werden von einer Kommission der Fabrikanten, welche im Margarineverband zusammengeschlossen sind, festgesetzt.

Diese Kommission legt dem Reichsernährungs-Ministerium die jeweilig festgelegten Preise und die zu Grunde gelegte Kalkulation vor.

Das Reichsernährungs-Ministerium konnte gegen die von der Kommission vorgelegten Preise keine Einwendungen erheben.

Die Zeitungen erhielten vom Margarineverband ein Rundschreiben, in welchem die Grundsätze der Preisbildung für die Margarine klargelegt wurden, doch kommen immer noch andauernd irreführende Mitteilungen.

Trotz aller Aufklärungen und trotz der genehmigten Preise beschlagnahmte die Berliner Polizei am 1. November bei unserer Berliner Niederlage einen größeren Posten Margarine wegen angeblich übermäßiger Preisforderung, gab aber den Verkauf derselben Margarine zu den von ihr beanstandeten Preisen nach drei Stunden wieder frei.

Das Berliner Gericht hat trotzdem die Beschlagnahme vorläufig bestätigt, ohne uns vorher zu hören. Die endgültige Entscheidung muß erst noch erfolgen.

Im Anschluß an diese Schilderung erklären wir:

Wir haben stets, und auch am 1. November in Berlin, wie fast alle Fabrikanten, nur die von der gemeinsam gewählten Kommission festgelegten Preise gefordert.

Wir haben niemals Ware zurückgehalten, um höhere Preise zu erzielen. Unsere Fabrik arbeitet seit Monaten, nur durch Sonntage unterbrochen, Tag und Nacht, um die große Nachfrage nach unseren Marken zu befriedigen. Unsere Berliner Niederlage braucht allein wöchentlich 2500 bis 3000 Zentner Margarine. Die beschlagnahmt gewesene Menge von 1800 Zentner war demnach höchstens für den Verkauf von vier Tagen ausreichend.

Bahrenfelder Margarine-Werke
A. L. Mohr, G. m. b. H.

Freiwill. Feuerwehr.
1. (Turner-) Kompanie.

Montag, den 5. Dez., abends 8 Uhr **Versammlg. und Appell** in Kamerad M. Menzels Restaurant. Sämtliche Ausrüstungsstck. müssen zur Stelle sein. Der Brandmeister.

Donnerstag abend 8 Uhr **Gemütliches Beisammensein** im „Kyffhäuser".

Einen Lehrling sucht zu Ostern Hermann K[illegible], Schuhmachermeister, Bisdorf b. Knapendorf.

Kassengehilfin,
die in der Kartothek bewandert ist, zum baldigen Antritt gesucht Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis zum 5. 12. einzureichen.
Allgem. Ortskrankenkasse in Merseburg.
Dietzel, Vorsitzender.

Ordentliches, fleißiges **Dienstmädchen** bei hohem Lohn sof. gesucht. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Ein kräftiges **Dienstmädchen** aufs Land sofort gesucht G[illegible] Nr 8.

Aeltere, saubere, ehrliche **Aufwartung** für fast den ganzen Tag sofort gesucht Teichstraße 5, 2 Tr.

Karbid-Entwickler vom Auto am Montag vormittag **verloren.** Wiederbringer erhält guten Finderlohn. Abzugeben bei Herrn Paul N[illegible], Uhrmacher, Merseburg.

Ein junger Schäferhund zugelaufen. Abzuholen Gasthof Goldener Hahn.

Haus-Kauf.
Kl. Häuschen mit 5 Zimmern und Küche, hier, gegen bar, sofort beziehbar, gesucht. 2 Zimmer-Wohnung kann getauscht werden. Angeb. unter 648 an die Exp. d. Bl.

Gesucht Bauplatz
ca. 1000 qm mögl. mit Gleis- und Wasseranschluß Nähe der Stadt ev. mit Fabrikgeb. Angebote unter H. G. 3920 an Ala-Haasenstein & Vogler, Hamburg 11.

Betriebskapital auszuleihen, Ratenrückzahlung. E. W. Paul Koch, Halle S., Lilienstr. 17.

Ziehung 15. u. 16. Dez.
Königsberger Lotterie
zu Gunsten des Ostpr. Heimatmuseums
8419 Gewinne im Gesamtwerte von Mark
Hauptgew.: **225000 75000 30000 10000**
Lose zu 4 M., Postgeb. u. Gew.-Liste 1.40 M.
Leo Wolff Königsberg i. Pr. Kantstr. 2
u. i. all. kenntl. Verkaufst.

3 teiliges Sofa und Vertiko zu verk. Bartholomäus, Frankleben.

Mod. Transmissionen sof. lieferbar, Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Kohlen- und Aschefuhren werden angenommen A. Berner, Hälterstraße 11.

Viele verm. Damen wünsch. sich bald glückl. z. verheiraten. Herren, wenn auch ohne Vermögen erhalt. sof. Auskft. d. „Union" Berlin, Postamt 25.

Aelteres anst. Mädchen vom Lande sucht die Bekanntschaft eines anständig. Mannes. Angeb. unt. 650 an die Exped. d. Bl.

Jg. Mädchen sucht für den ganzen od. halben Tag Beschäftigung, gleich w. Art. Ang. u. 638 an die Exp. d. Bl.

Evang. Männer- u. Jugend-Verein An der Geisel 5. Donnerstag, d. 1. Dez. 1921. **Mitglieder-Versammlung.**

Bekanntmachung.

Vom 1. Dezember ab werden die bahnamtlichen Rollsätze für die Stadt Merseburg wie folgt erhöht:

Frachtgut:	I. Zone ℳ	II. Zone ℳ	Eilgut:	I. Zone ℳ	II. Zone ℳ
1— 20 kg	2.20	2.40	1— 20 kg	2.60	2.90
21— 50 „	2.80	3.10	21— 50 „	3.30	3.60
51—100 „	5.60	6.20	51—100 „	6.60	7.20
101—150 „	8.50	9.30	101—150 „	9.90	10.80
151—200 „	11.20	12.40	151—200 „	13.20	14.40

jede weiteren 50 kg I. Zone ℳ 2.80 u. II. Zone ℳ 3.10 mehr. — jede weiteren 50 kg I. Zone ℳ 3.30 u. II. Zone ℳ 3.60 mehr.

Halle a/S., den 30. Nov. 1921.
Eisenbahndirektion.

Wohnungstausch Magdeburg-Merseburg.
Suche 2 Zimmerwohnung in Magdeburg mit gleicher oder etwas größerer in Merseburg zu tauschen.
Robert Koch, Magdeburg, Turmschanzenstr. 18.

Große, vollfleischige, hannoversche **Läuferschweine** zu verkaufen Ludwig, Johannisstr. 11.

Einfach möbl. Zimmer zu mieten gesucht. Angeb. unter 646 an die Exp. d. Bl.

Schlosser, 29 Jahre alt, sucht sof. **heizb. Zimmer.** Ang. u. 628 an die Exp. d. Bl.

Patienten werden bis zum 1. Dezbr. angenommen.
Spielwarenhaus
Wilhelm Köhler,
Gotthardtstraße 5.

Kleinkunstbühne „Neues Schützenhaus"
Direktion: H. Eilenberger.
Ab 1. Dezember täglich das große Sonderprogramm.

Filmschauspieler Jens Nielsen, des großen Erfolges wegen prolongiert.
Gretel Sanders, Vortragskünstlerin.
Robert Biener, Chansonier.
Thomsen u. Partnerin, modernes Operetten-, Gesang- u. Tanz-Duett
Aly Mars, Sängerin zur Laute.
Otto Thomsen, eleganter Frackkomiker.
Mondäne, ernste und heitere Sketsches wie la Boheme, Damon Weib, So'n Luder, mit Jens Nielsen in der Hauptrolle.

Alle 4 Tage Programmwechsel.
Konzert-Anf. ½8 Uhr. Beginn der Vorträge ¼9 Uhr.
— Sonntags 5 Uhr: Nachmittagsvorstellung. —

Angestellte von Merseburg u. Umgebung.

Einladung zu der am Sonnabend, den 3. Dez. 1921, abends 8 Uhr in Müllers Hotel stattfindenden
außerordentlichen Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag über die Wahlen der Vertrauensleute zur Angestelltenversicherung:
„Warum halten wir an der Angestelltenversicherung fest."
Redner: Herr Kollege Fritz Dittmar von der Bundesleitung Berlin.
Gäste willkommen.
Gewerkschaftsbund d. Angestellten (G. D. A.)
Ortsverband Merseburg.

Mieter, Wohnungsuchende, Bauhandwerker!
Donnerstag, den 1. Dezbr. d. J., abends 8 Uhr im „Tivoli", Zimmer 1
Vortrag über **Neue Wege zur Behebung der Wohnungsnot!**
Bund Deutscher Bodenreformer.
Ortsgruppe Merseburg.

Philharmonischer Orchesterverein E. V.
Nächste Konzerts
Donnerstag, den 1. Dezbr., und Freitag, den 2. Dezbr., abends 7¼ Uhr im „Schloßgartensalon".
Blaue Karten — — Donnerstag.
Gelbe Karten — — Freitag.
Der Vorstand.

„Casino", Merseburg.
Freitag, den 2. Dezember 1921, abends 7 Uhr,
Herbst-Vergnügen
v. Verein des Personals Werkaufsicht B. A. S. F
Freunde u. Gönner sind herzlichst willkommen.

Tanz-Unterricht!
Am Kursus für moderne Tänze können noch Damen u. Herren teilnehmen. Damen sind besonders erwünscht. Nächste Übungsstde. Donnerstag, den 1. Dez., abends 8 Uhr im „Casino".
Hugo Weber, Halle Lehrer f. Gesellschafts- und Kunsttanz.

Maschinisten und Heizer bauender Firmen Leuna.
Sonnabend, den 3. Dezember, im „Strandschlößchen"
großer
bunter Abend
unter Mitwirkung des Theater-Vereins „Diana"-Halle.

Zentral-Verband der Angestellten.
Am Freitag, den 2. Dezember 1921, abends ½8 Uhr im „Tivoli"
Monats-Versammlung,
wozu hierdurch dringend eingeladen wird Die Ortsleitung

Schwerkriegsbeschädigter
für leichtere Büroarbeit sofort gesucht. Gute Handschrift und sicheres Rechnen Bedingung. Angebote mit Geh.-Ansprüchen, Zeugn.-Abschr. und Lebenslauf unter 647 an die Exped. d. Bl.

Zuverlässiges **Mädchen**
für meinen Privathaushalt zum baldigen Antritt gesucht
Paul Ehlert Nachf.,
Entenplan 11.

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 280. Mittwoch den 30. November 1921 48. Jahrg.

Preußischer Landtag.

Berlin, 29. November.

Abg. Menzel (Komm.) begründet zu Beginn der Sitzung den kommunistischen Antrag, die Amnestiefrage auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag scheitert an dem Widerspruch eines Zentrumsabgeordneten.

Die zweite Beratung des Haushalts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Berndt (Dem.) betont die Notwendigkeit einer gründlichen Verwaltungsreform. Gegen die Nichtbestätigung der Gemeindebeamten muß den Gemeinden und den Nichtbestätigten ein Berufungsrecht eingeräumt werden.

Minister Severing:

In der Verwaltung habe ich gar nichts dagegen einzuwenden, wenn die deutschnationalen, selbst monarchisch gesinnte Beamte ihr Amt pflichttreu ausüben, wie ich auch gern die Kommunisten zur Verwaltung herangezogen wüßte, um sie zu Staatsbeamten zu erziehen. Der Staat hat allerdings eine große Duldsamkeit bewiesen, sein Selbsterhaltungsstreben muß aber dazu führen, daß nicht monarchistische Beamte begünstigt werden, sondern solche, die treu auf dem Boden der Verfassung stehen. Zur Schutzpolizei habe ich das Vertrauen, daß sie immer mehr zu einem verläßlichen Instrument der verfassungsmäßigen Regierung wird. Gegen jeden Disziplinbruch werde ich unnachsichtlich einschreiten ob er von deutschnationalen Oberbeamten oder von sozialdemokratischen Unterbeamten ausgeht. Finanzminister und Innenminister wollen jetzt gemeinsam beim Reichsfinanzminister vorstellig werden, damit die nötigen Mittel für die Gemeindebeamten bereitgestellt werden, daß die Landgemeinde- und Städteordnung vorweg erledigt wird, um dann die Provinzial- und Kreisordnung zu verabschieden. Wenn tatsächlich von höheren reaktionären Beamten ein Spitzeldienst und Geheimpersonalakten eingerichtet sind, dann werde ich diesem Unfug mit aller Energie entgegentreten, um die verfassungstreuen Beamten gegen Verleumdung von reaktionärer Seite zu schützen.

Der Minister geht dann auf das Verbot der „Täglichen Rundschau" ein und meint: Ich werde es weiter als meine Pflicht betrachten, einer Vergiftung der Öffentlichkeit entgegenzutreten. Den Selbstschutzorganisationen muß ein Ende gemacht werden. Wenn jetzt die Interne der Selbstschutzorganisationen veröffentlicht wird, dann wird man ähnliche Dinge erfahren, wie jetzt aus den „Vorwärts"-Enthüllungen der kommunistischen Interne. Den Erlaß meines Vorgängers, der Kommunisten grundsätzlich von Beamtenposten ausschließt, habe ich sofort aufgehoben.

In Beantwortung der Fragen einzelner Redner erklärte der Minister weiter, die Einrichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung unsittlicher Literatur empfiehlt sich nicht. Prof. Brunner arbeitet temperamentvoll und fleißig, in Kunstfragen ist er aber zu einseitig und es muß verhindert werden, daß er weiter als die Autorität des Polizeipräsidiums gilt. Hinter den letzten Schaufensterplünderungen standen politische Drahtzieher. (Hört! Hört!) Der Minister verliest eine Reihe von Aufrufen, in denen zum Bürgerkrieg aufgefordert wird. Von den Kommunisten wird die Verlesung mit lärmenden Kundgebungen begleitet. Der Minister erklärt, daß er allen Putschversuchen mit größter Energie entgegentreten werde.

Abg. Eynern (D. Vpt.) wendet sich gegen das Verbot der „Täglichen Rundschau", das durchaus nicht stichhaltig sei. Bei der Besetzung der Ämter dürfe nur die berufliche Befähigung entscheidend sein.

Abg. v. Dryander (Dn.) befürwortet einen Antrag seiner Freunde, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 schleunigst aufgehoben wird oder eine Fassung erhält, um die so schweren Gefährdungen der verfassungsmäßig gewährleisteten Pressefreiheit, wie sie durch das Verbot der „Täglichen Rundschau" in die Erscheinung getreten sind, ausschließt. Redner bekämpft weiter die Verbote der Tannenbergfeiern. Die höhere Beamtenschaft stehe fast durchweg auf dem Standpunkte, daß die jetzige Verfassung der allein gegebene Boden für verfassungsmäßige Gesetzesbestimmungen sei. Die Beamtenschaft bewahre das hohe Erbe des alten Preußen und wolle von Novembersozialisten nichts wissen. (Große Unruhe links.) In der Provinz Sachsen bestehe leider ein System der Gesinnungsschnüffelei unter einem Oberpräsidenten, dem die demokratischen Minister Koch und Geßler jeden Funken von Loyalität und Taktgefühl abgesprochen hätten. (Unruhe links.)

Minister Severing: Von Gesinnungsschnüffelei sei keine Rede, aber die Deutschnationalen müßten sich daran gewöhnen, daß sie nicht mehr ein Monopol für die Besetzung der höheren Beamtenstellen haben.

Abg. Rabold (US.) verlangt die Beseitigung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung. Redner beantragt die Aufhebung der Internierungslager Stargard und Sielow und die Übertragung des Polizeiwesens auf die Gemeinden. Als der Redner die Führer der Schutzpolizei scharf kritisiert, verlangen die Unabhängigen und Kommunisten durch stürmische Rufe, der Minister, der sich auf kurze Zeit entfernt hatte, solle kommen. Auch verlangt Redner die schleunige Aufhebung des Heine-Schießerlasses.

Abg. Franz Krüger (Soz.) rechtfertigt den Eintritt der Sozialdemokraten in die große Koalition. Die Einigung mit den Unabhängigen würde in dem Augenblick möglich sein, wo die Unabhängigen auf die Demonstrationspolitik und auf das Nachlaufen hinter den Kommunisten verzichten würden.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) bekämpft die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten.

Damit schließt die Debatte über das Ministerium des Innern. Die Abstimmungen wurden auf den 6. Dezember nachmittags 4 Uhr vertagt.

Das Wichtigste vom Tage.

Es scheint fast sicher, daß in Washington eine Einigung über die Flottenstärke zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan nach dem Satze 5 : 5 : 3 zustande kommt, während die Frage der Unterseeboote zurzeit noch unlösbar erscheint. Selbst in der beschränkten Form bedeutet dies Ergebnis einen großen Erfolg, da zum erstenmal in der Geschichte souveräne Nationen mit widerstreitenden Interessen sich zu einer vertragsmäßigen Einschränkung der Rüstungen entschlossen haben.

*

Die durch die Reise Briands unterbrochene Fehde gegen ihn hat mit erneuter Stärke eingesetzt und findet in den politischen Mißerfolgen des Ministerpräsidenten in Washington neue Kraft. Für eine verständige Außenpolitik Frankreichs ist aus einem Sturze Briands um so weniger etwas zu erwarten, als die Gründe des Sturmes gegen ihn im wesentlichen auf innerpolitischem Gebiete zu suchen sind.

*

Nachdem die Verhandlungen zwischen England und Ägypten gescheitert sind, haben die ägyptischen Nationalisten zum Boykott der englischen Waren aufgefordert. Obgleich diese Waffe des Schwächeren gegen den Starken der Türkei einmal einen Erfolg gebracht hat, dürfte sie nicht scharf genug sein, um das britische Volk zu zwingen, die Kontrolle über den Suezkanal und den Durchgang nach seinen afrikanischen Besitzungen zu schwächen.

*

Ungarische Banden sind unter der Führung von Offizieren in tschecho-slowakisches Gebiet eingebrochen. Es handelt sich dabei offensichtlich nur um Grenzverletzungen durch irreguläre Formationen, denen Bedeutung nicht beigelegt zu werden braucht.

*

Der polnische Ministerpräsident hat sich bei seiner Anwesenheit in Posen bitter darüber beschwert, daß die Deutschen in Polen sich beim Völkerbund über die eigene Regierung beschwert hätten. Ganz abgesehen davon, daß der Völkerbund für Klagen über Verletzung von Minderheitsrechten zuständig ist, kann es den Deutschen nicht zugemutet werden, daß sie eine Regierung, die sie knechtet und mit Füßen tritt, als „ihre" Regierung anerkennen.

*

Ein französischer Abgeordneter, der christliche Demokrat Sanguier, erwartet zu einem internationalen demokratischen Kongreß im Dezember auch die Teilnahme deutscher Politiker. Wenn er die Aufgabe dieses Kongresses dahin umreißt, daß man nach moralischen Garantien suchen müsse, daß Deutschland keine Bedrohung mehr für Europa bedeute, so können ihm deutsche Teilnehmer des Kongresses erwidern, daß augenblicklich jedenfalls nur der Imperialismus Frankreichs und seiner östlichen Vasallenstaaten die Welt militärisch und moralisch bedroht.

*

In Berlin ist ein allerdings seit langem drohender Elektrizitätsstreik ganz plötzlich ausgebrochen und hat mittags um 2 Uhr den Verkehr der Weltstadt lahmgelegt. Es gibt kein Wort der Verurteilung, das schwer genug wäre, um dieses unverantwortliche Vorgehen zu brandmarken. — Mittlerweile haben die Verhandlungen zu einer Einigung geführt, so daß am heutigen Mittwoch mit der Wiederaufnahme der Arbeit in den städtischen Werken zu rechnen ist.

Der Gesetzentwurf über den Sitz des Landeskulturamtes für Schleswig-Holstein, wonach das Amt seinen Sitz in Schleswig erhalten soll, wird in zwei Lesungen angenommen. Die Abstimmung in der dritten Lesung wird verschoben. Es folgt die zweite Lesung des

Etats des Volkswirtschaftsministeriums.

Der Ausschuß erhöhte die Summe für Pflege der schulentlassenen Jugend von 6 auf 10 Millionen, ebenso die Beihilfe für Kleinkinderheime von 30 000 auf 100 000 ℳ. Zur Tuberkulosebekämpfung sollen statt einer Million fünf Millionen aufgewendet werden, desgleichen die Kosten für die Jugendwohlfahrt und soziale Ausbildungszwecke erhöht werden.

Minister Hirtsiefel

betont, er werde sich bemühen, im Sinne seines Vorgängers zielbewußte und planmäßige Vorbeugungsarbeit zu leisten. Die Beamten seines Ministeriums sollten ein warmes Herz für die Menschheit haben in praktischer Arbeit. Nur so könne die Wohlfahrtspflege ihre große Aufgabe erfüllen. Das Reichsfürsorgegesetz steht vor dem Abschluß. Redner geht dann auf einzelne Anträge zur Fürsorge ein und betont, daß die Prügelstrafe in der Praxis so ziemlich beseitigt sei, daß aber die Drohung mit der körperlichen Züchtigung manchen Elementen gegenüber nicht entbehrt werden könne.

Die Frage des deutschen Moratoriums.

Der Umstand, daß am 15. Januar die Frist für die Leistung einer halben Milliarde an die Entente abläuft, und daß die Garantiekommission Berlin mit der Forderung verlassen hat, daß diese nächste Rate bezahlt werden muß, stellt nicht nur uns selbst, sondern auch die Regierungen der Ententeländer vor die Frage, was geschehen soll, wenn Deutschland nicht in der Lage sein sollte, diese Rate zu leisten. Es ist bekannt, daß zur Beschaffung eines langfristigen Kredites gegenwärtig zwei Parallelaktionen nebeneinander hergehen: durch ihre hervorragendsten Vertreter bemüht sich die deutsche Industrie, mit den Industrie- und Bankkreisen Englands ein Abkommen zu treffen, wofür ja die Reise von Stinnes und neuerdings die von Rathenau nach London sprechende Beweise sind, während gleichzeitig die deutsche Regierung den Versuch macht, in ähnlicher Richtung mit der englischen Regierung und vielleicht auch mit anderen zu einer Verständigung zu gelangen. Ob all diesen Bemühungen ein Erfolg beschieden sein wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Immer mehr drängt sich indessen, vornehmlich in England, die Erkenntnis auf, daß nur eine Zahlungsstundung imstande sein wird, Deutschland einigermaßen zahlungsfähig zu machen. Lloyd George scheint den Weg dazu in der Liquidierung der internationalen Schulden und der Wiederherstellung eines normalen Handelsmarktes in Deutschland zu erblicken, während der Führer der englischen Reparationskommission, Sir John Bradbury, ein mehrjähriges Moratorium für angezeigt hält. Bei den Gedanken, die ihn dazu führen, trifft er sich vollkommen mit den Ausführungen, die Dr. Rathenau auf dem demokratischen Parteitag in Bremen gemacht hat: wir müssen es zu erreichen suchen, anstelle der Geldleistungen überall an Sachleistungen zu kommen. Wenn Bradbury als Vorbedingung für die künftige Gesundung der deutschen Verhältnisse es bezeichnet, daß mit der ständigen Vermehrung des Papiergeldes Schluß gemacht werden müsse, so wird dem auch in Deutschland niemand widersprechen. Vorbedingung dazu ist aber zunächst ein Moratorium, das uns Zeit läßt, unsere inneren finanziellen Verhältnisse in Ordnung zu bringen und den Besitz endlich auch tatsächlich zu großen Steuern heranzuziehen; besser aber noch wäre der Balfoursche Gedanke, Deutschland die Barleistungen zu erlassen und ihm nur die Kosten für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete aufzubürden. Das Wichtigste aber für alle Fälle bleibt, daß man endlich von Worten und Vorschlägen zu Taten übergeht.

*

Englische Vorschläge zum Reparationsproblem.

Paris, 30. Nov. Der Londoner „Temps"-Korrespondent telegraphiert: Es scheint gewiß, daß England kürzlich das ganze Reparationsproblem erörterte und zu provisorischen Schlußfolge-

Rund um den neuen Schwimmsportplatz Merseburgs.

(Schluß aus Nummer 276, Beilage.)

Zum Zwecke der Körperstählung und turnerischen Gewandtheit der Schwimmer sollen später auf dem oberen Teile des freien Rasens zwischen unterster Terrasse und Saale auch Turngeräte Aufstellung finden. Hierzu wird der von 10 auf 6 Meter Breite verlaufende Geländestreifen von allem Unkraut gesäubert, geebnet bezw. ausgefüllt und mit einem glatten Rasen versehen werden.

Eine Startbrücke von 10 Meter Länge wird an der oberen Grenze des Schwimmbassins angelegt werden, in welcher Weise, dürfte sich nach den Kosten richten, die enorme sind. Eine zweite Startbrücke für Staffelschwimmen im unteren Teil der Schwimmbahn wird ebenfalls nötig. Wegen der riesigen Kostenfrage muß die Errichtung einstweilen zurückgestellt werden. Vielleicht finden sich in der Zwischenzeit Anhänger des Wassersports und des lebensnotwendigen Schwimmens oder edle Förderer, die der Schwimmerschaft und dem Schwimmsport der Stadt Merseburg helfend beispringen!

Für das Wasserballspiel wird der Verein ebenfalls die nötigen Einrichtungen in dem neuen Sportplatz treffen. Man erinnert sich noch gern der interessanten Wasserballspiele, die hier schon ausgetragen wurden und vielen Beifall fanden. Es ist nur zu wünschen, daß sie uns im nächsten Jahre wieder geboten werden, denn die Schwimmerschaft hatte eine gute Mannschaft.

Die sonstige Ausgestaltung des Sportplatzes

plant man in folgender Weise: Vom Eingange neben Sternbergs Garten an wird der Platz rings mit einer lebenden Hecke eingefriedigt, die im kommenden Frühjahr angepflanzt wird. Die Anpflanzung braucht natürlich 4—5 Jahre zur regelrechten Entwicklung, um dann eine lebende Hecke zu ziehen. Diese Hecke wird an der oberen Seitengrenze von der Durchführung der zweiten Terrasse, dem späteren städtischen Anlagenweg, unterbrochen, die im Punkte von 21—24 Meter Höhe des Abhanges von der Saale erfolgt. Dieser breite Weg erhält ebenfalls eine den Platz abschließende lebende Hecke auf der rechten Seite von der Eingangstreppe her. Auf sämtlichen Abhangstreifen zwischen den Terrassen werden Rasen, Blumen und Ziersträucher angepflanzt, was alles von den Vereinsmitgliedern opferwillig gestiftet wird. Das schließt aber nicht aus, daß auch passende Spenden gern angenommen werden, die hoffentlich erfolgen werden. Um mehrere Bäume sollen Rundbänke angelegt werden. Vor dem Entkleidungshaus werden Tische und Bänke aufgestellt. Die vier Pappeln bleiben erhalten, von der fünften wurde am vorigen Sonntag nach mühevoller Arbeit der noch übrige mächtige Baumstumpf zu Tage gefördert. Besonderes Gewicht legt man auf eine hübsche Quellenanlage. Bekanntlich befindet sich auf dem unteren Gelände nach der Sternbergschen Seite zu eine Quelle, etwa 13 Meter von der Grenze entfernt, die früher den Anwohnern ein gutes Wasser lieferte. Sie wird auch weiter erhalten bleiben und eine hübsche Anlage erfahren. Bei ihrem Austritt aus dem Abhang über der unteren Terrasse wird sie in ein Rohr gefaßt und in zwei gemauerte Bassins geleitet. Das unterste Bassin ist ein Quadrat von 1 Meter und 20 Zentimeter hoch, während das obere Bassin 60 Zentimeter im Quadrat und 30 Zentimeter Höhe hat. Der Rohrausfluß liegt 50 Zentimeter über dem zweiten Bassin, so daß die Anlage eine Höhe von 1 Meter hat. Die Quelle fließt aus dem oberen in das untere Bassin und wird aus diesem unterirdisch in die Saale abgeleitet. Um die Anlage sollen hübsche Strauch- und Blumenpflanzungen das Bild verschönen und Bänke Aufstellung finden. Eine zweite geringere und tiefer liegende Quelle nahe der oberen Grenze soll direkt unterirdisch in die Saale verlaufen. Bei sportlichen Veranstaltungen werden natürlich genügend Bänke für die Besucher auf den Terrassen aufgestellt. Auf dem zweiten breiten Weg des Platzes wird an der geschilderten breiten Mitteltreppe ein besonderer Eingang mit Doppeltür usw. in kräftiger Weise hergestellt, um den Platz absperren zu können.

Ziel und Zweck des Sportplatzes.

Wir haben schon eingangs auf die Krise hingewiesen, die der Verein durchzumachen hatte. Er hat sich, wenn auch unter Aderlaß, durchgerungen und die noch treu zum Schwimmsport stehenden Mitglieder haben sich das Ziel gesetzt, den Verein aus den Nachwehen der Krise wieder hochzubringen. Dazu mußten sie sich mit geschwächten Kräften einen neuen Sportplatz suchen und errichten, und frisch gingen sie daran nach dem Beispiel anderer Sportvereine. Jetzt ist man auf dem Wege zu diesem Ziel, wobei man eine glückliche Hand gehabt hat. Höchst anerkennenswert ist die

Opferfreudigkeit der Mitglieder der Schwimmerschaft,

die ihr treu geblieben sind. Vor sechs Wochen wurde mit den Arbeiten zur Errichtung des Sportplatzes begonnen. Jeden Sonntag — es geht in dieser Winterszeit ja nur Sonntags — finden sich durchschnittlich 15 Schwimmer frühmorgens auf dem Platz ein und karren, graben, schaufeln, roden, axten, zum Teil bis spät in den Abend bei froher Stimmung. Die Leute der verschiedensten Berufsstände wirken hier einträchtig in der gemeinsamen Sportsache. Und die Freude und der Stolz steigen mit dem Fortschreiten des Werkes, das eine mühevolle Arbeit erfordert. So wurde am vorletzten Sonntag der schwere Baumstumpf, der auf der Mitte des zukünftigen breiten Weges dahin vegetierte, endlich herausgehoben, nachdem an fünf Sonntagen jeweils 6 Mann mit Flaschenzug, Winde, Beil, Pickel und Schaufel daran gearbeitet hatten. Wer allerdings nicht mitgeholfen hat, der weiß die Arbeit und die Opferwilligkeit der Schwimmer nicht zu schätzen. Wie? Natürlich habe ich schon mitgeholfen, allerdings nicht aus Vereinsinteresse, sondern um die Strebenden mit zu unterstützen in ihrem Ausharren. Es fehlt noch so mancher Schwimmsportinteressent, der sich dort betätigen könnte, abgesehen von vielen Zuschauern, denen das auch nichts schaden würde. Wie viele gibt es, die da sagen: „Ja, so etwas fehlt", oder „das müßte so sein", und wenn die Gelegenheit zur Betätigung geboten ist, dann „verdünnisieren" sie sich — was weder deutsch, noch menschlich noch männlich ist. Neben der Arbeitsleistung bringen die Schwimmer auch noch erhebliche finanzielle Opfer. Oben wurde schon angeführt, daß die Schwimmer die vielen nötigen Blumen- und Ziersträucherpflanzen stiften werden. Für das Entkleidehaus werden die Mauersteine, der Kalk, die Fensterkreuze, die Tür, von Schwimmern gestiftet, was mit den Errichtungskosten zusammen etwa 10 000 ℳ darstellt, die die Schwimmer persönlich aufbringen. Die gesamten Kosten der Errichtung und des Materials des ganzen Sportplatzes dürften sich bei den heutigen und täglich höher steigenden Verhältnissen auf 50 000 ℳ stellen, die zum weitaus überwiegenden Teile von den Schwimmern durch ihre Arbeitsleistungen und Materialbeisteuerungen getragen werden. Zur Beschaffung der notwendigen Mittel will man bei den Mitgliedern selbst eine Anleihe aufnehmen. Diese Leistungen der Schwimmer sind alle Anerkennung wert und hoffentlich werden ihnen durch edle Spender und Sportinteressenten die Lasten der Errichtung noch erleichtert. Zuschriften in dieser Richtung an die Merseburger Schwimmerschaft E. V., Herrn Schulschenk, Steinstraße 9 II, hier, dürften sicher freudig begrüßt werden.

Die Eröffnung des neuen Sportplatzes mit Beginn der Schwimmzeit 1922

dem 15. Mai, ist bestimmt zu erwarten. Vielleicht kann gleichzeitig damit die Einweihungsfeier verbunden werden. Spätestens wird die Einweihung im Juni 1922 erfolgen, voraussichtlich mit einer gauinternen Sportveranstaltung.

Die Tätigkeit des Vereins in dem neuen Bad erstreckt sich vor allen Dingen auf die Ausbildung von Rettungsschwimmern und auf die Fortentwickelung des Schwimmsports und der Schwimmkundigen durch Einüben der einzelnen Schwimmarten außer dem grundlegenden Brustschwimmen. Unterricht und Ausbildung im grundlegenden Brustschwimmen sind den anderen Badeanstalten — städtisch und privat — vorbehalten worden. Es läßt sich schon heute voraussehen, daß dieser Vorbehalt einem Schwimmsportverein gegenüber auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Das ist unmöglich, wie die Verhältnisse anderswo und die Entwicklung zeigen werden. Man wird dies Unrecht später korrigieren müssen. Die Fortbildung der Schwimmkundigen in dem Bad der Merseburger Schwimmerschaft erstreckt sich auf Brust-, Seite-, Rücken- und Hand-über-Hand-Schwimmen, Tauchen und Kunstspringen. Weiter erstreckt sich die Vereinstätigkeit in dem neuen Bad auf die Veranstaltung von Vereinswettkämpfen, Schwimmsportfesten und Wasserballspielen. Nach der Einweihung soll in Zukunft, wenn möglich, jeden Sonntag in dem Bad eine sportliche Veranstaltung geboten werden, um dem Schwimmsport neue Anhänger zu gewinnen und auf die ihm zukommende Bedeutung und Höhe in Merseburg zu verhelfen. Es sei hier an Weißenfels erinnert, das zwei sehr große Schwimmvereine mit regem sportlichem Leben aufweist. Und Merseburg? Hoffen wir, daß mit der Einweihung des neuen Sportplatzes ein großer Aufschwung eintritt. Bei größeren Veranstaltungen sollen die Zellen der Sternbergschen Anstalt nebenan gepachtet werden.

Die Merseburger Schwimmerschaft umfaßt gegenwärtig nach glücklichem Überwinden der Krise 83 Mitglieder. Davon sind die 34 Herrenmitglieder ein alter Stamm, die schon lange im Verein und bewährte und begeisterte Schwimmer sind. Die männliche Jugendabteilung zählt 21, die weibliche Jugendabteilung 28 Mitglieder. Sie haben zum größten Teil bei der Merseburger Schwimmerschaft das Schwimmen erlernt, können alle schwimmen und viele von ihnen haben schon erfolgreich an Wettkämpfen teilgenommen. Der Verein gehört dem Gau 4 im Kreis 8 des Deutschen Schwimm-Verbandes und der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft E. V. Dresden an. Bei der Größe des Gaues 4, dem 18 Schwimmvereine angehören, haben die Veranstaltungen, die der Merseburger Verein übernimmt oder unternimmt, für unsere Stadt immer eine Bedeutung. Hier spricht auch der Umstand noch mit, daß der Verein für Leibesübungen und der Sportverein 99 in Merseburg eine Schwimmabteilung haben, so daß es zu interessanten Kämpfen örtlicher Rivalen in Zukunft kommen kann, wenn man in diesen Vereinsabteilungen den Schwimmsport intensiv mit dem Willen auf äußere Erfolge betreibt. So dürfte auch in dieser Richtung der neue Sportplatz der Merseburger Schwimmerschaft von Bedeutung werden, da die Schwimmer-Abteilung des VfL.-Merseburg schon dem Gau 4 angehört und die Schwimmer-Abteilung des Sport-Vereins 99-Merseburg ebenfalls dazu kommen dürfte. Hinsichtlich der Verunreinigung der Saale, unter welcher der Schwimmsport hier bekanntlich sehr leidet, hat, wie verlautet, das Ammoniakwerk Merseburg zugesagt, durch Errichtung weiterer Anlagen zur Reinhaltung der Saale soviel wie möglich beizutragen. Ebenfalls eine Ermunterung für die Schwimmerschaft, deren Bad an sich günstig liegt.

Mit der Errichtung dieses neuen Sportplatzes sind nun die besten Badeplätze in der Saale hier alle. Möge dieser Schritt der Merseburger Schwimmerschaft — der Merseburg aus eigenen Kräften um einen schönen und äußerst wichtigen Sportplatz bereichert — der Beginn eines anhaltenden Aufstieges des Schwimmsports in unserer Stadt und des Vereins nach einer schweren Krise sein. Wir wünschen beiden viele hilfreiche Kräfte mit einem „Glück auf, gut Naß!" für das neue Schwimmsportheim.

Phil. Schmitt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211130-13/fragment/page=0005

rungen kam, die sie bald bekannt geben werden. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erfordere eine tiefere Untersuchung und vielleicht auch eine Kontrolle der Finanzpolitik des Reiches. Wenn Deutschland gewisse Zahlungserleichterungen fordere, hätten die Alliierten das Recht, eine solche Untersuchung zu fordern und von Deutschland die Durchführung einer Finanzpolitik zu verlangen, die auf der Grundlage aufgebaut wäre, die die Alliierten in ihrer Finanzpolitik verfolgen. Die englische Regierung denkt jetzt daran,

ein interalliiertes Einvernehmen über die Reparationen

herbeizuführen. Das Abkommen Loucheur-Rathenau sei zwar in den großen Umrissen von den englischen Sachverständigen gebilligt worden, habe aber noch zu keiner Entscheidung der Alliierten geführt. Die wichtigste Kritik gegen dieses Abkommen vom englischen Standpunkt sei, daß hier eine Sonderaktion Frankreichs vorliege. Wie ausgezeichnet auch die Ergebnisse des Abkommens sein mögen, so müsse doch gesagt werden, daß jedes Sonderabkommen die Garantie für die Zahlungen für die übrigen Alliierten vermindere. Man erklärt ferner, wenn Frankreich unabhängig von den anderen Alliierten vorgehen durfte, so habe es kein Recht, sich darüber zu beklagen, wenn England auch Separatabmachungen mit Deutschland treffe. In London ist man überzeugt, daß Deutschland am 15. Januar 500 Millionen Goldmark bezahlen wird. Dann aber bliebe zu erwägen, was mit den späteren Zahlungen geschehen soll.

England glaubt, daß man einen weiteren

Kurssturz der Mark nicht zulassen dürfe.

Der deutsche Markt sei jetzt den englischen Waren vollkommen verschlossen. Im Interesse der Gläubiger Deutschlands und im Interesse des Reiches und Europas sei es möglich, daß England ein Moratorium für zwei oder drei Jahre für die Reparationszahlungen vorschlage. Der von John Bradbury vorbereitete Plan sieht ein solches Moratorium vor. Dieses Projekt Bradburys wird vom englischen Ministerrat geprüft werden. Die „Westm. Gaz.“ erinnert daran, daß nach gewissen Bestimmungen des Versailler Vertrages ein Mehrheitsvotum der Reparationskommission genüge, um den Aufschub der Zahlungen, die vor 1929 zu leisten sind, herbeizuführen.

Die Londoner City stimmt einem Moratorium zu.

London, 30. Nov. „Daily News“ berichtet, daß die Londoner City ein Moratorium für Deutschland gutheißt.

Eine Schuld an die Menschheit ...

London, 30. Nov. In einer Rede in Neuyork erklärte der amerikanische Finanzmann Frank Vanderlip, die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten für die Wiederherstellung Europas verwendet und in eine Schuld an die Menschheit umgewandelt werden.

Zur Reise Dr. Rathenaus nach England.

Wie der Londoner Korrespondent der „Voss. Ztg.“ erfährt, haben zwischen Dr Rathenau und dem Direktor der Bank von England, Sir Robert Kindersley, zwei Konferenzen stattgefunden. Weitere Konferenzen mit den ersten englischen Finanzfachleuten und dem Schatzkanzler, Sir Robert Horne, sollen sich unmittelbar anschließen. Der Korrespondent hält es für möglich, daß Rathenau auch mit Lloyd George zusammentreffen wird.

*

England schlägt die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein vor.

Paris, 30. Nov. Im heutigen Leitartikel macht „Temps“ die wichtige Mitteilung, daß die englische Regierung an die Botschafterkonferenz eine Note richtete, worin sie von der Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein spricht und die Verringerung der Militärkontrollorganisationen in Deutschland fordert.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markkurs** notierte am Dienstag in Zürich 1,90 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,02½ Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark 1,01¾ Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,00¾ Cents bedeutet.

= **Leipziger Produktenbörse vom 29. November.** Weizen per 50 Kilo netto inländischer 380—398 bez. u. Br., brauner 380—398 bez. u. Br.; Roggen per 50 Kilo netto hiesiger 295—315 bez. u. Br., preußischer 295—315 bez. u. Br.; Gerste per 50 Kilo netto, Braugerste hiesige 370—400 bez. u Br., Saatgerste 370—400 bez. u. Br., Wintergerste 320—360 bez. u. Br.; Hafer per 50 Kilo netto inländischer 290—315 bez. u Br.; Mais per 50 Kilo netto amerikanischer 330—350 bez. u. Br., runder 330—350 bez. u. Br.; Raps per 50 Kilo netto 750—850 bez. u. Br.

= **Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 29. November.** Weizen, märkischer, pommerscher 392—398, schlesischer 390 bis 393, flau; Roggen, märkischer, pommerscher 310—315, flau; Sommergerste 400—405, behauptet; Hafer, märkischer 312—318, etwas schwächer; Weizenmehl 980—1060, feinstes höher, still; Roggenmehl 750—810, still; Weizenkleie 203—208, still; Roggenkleie 203—208, still; Raps 850—900, still; Leinsaat 760—800, still Viktoriaerbsen 470—520, kleine Speiseerbsen 400—450, Futtererbsen 310—330; Rapskuchen 290—300; Trockenschnitzel 190—200; Torfmelasse Mischung 30 : 70 110—120 ab Station. Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 33—37, Haferstroh do. 44—48, Langstroh 32—36, Wiesenheu, gut, gesund, trocken 97 bis 105, do. gesund, trocken 85—93; Speisekartoffeln wegen Frost kein Geschäft.

Sich selbst getreu.

Roman von **Gerhard von Amyntor.**

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Völker stand wieder neben seinem Freunde Tell und meinte verwundert: „Das ist ja eine Abfütterung, als wenn wir sechs Wochen Fasten im Leibe hätten!“

„Ich fürchtete dies Übermaß“, versetzte Tell etwas beschämt; „die gute Frau Lampert denkt: je mehr materielle Genüsse, desto angenehmer ist es.“

„Lassen wir ihr den frommen Wahn. Ich amüsiere mich köstlich! Sehen Sie nur diese unvergleichliche Mieseke; ob sie nicht einige Kaviarbrötchen einstecken wird? Das Proviantmagazin, das sie auf ihrem Teller angelegt hat, kann sie doch unmöglich vertilgen wollen.“

„Bitte, zum Kontre zu engagieren!“ donnerte Knoblauchs Stimme durch den Saal.

„Was? Noch immer nicht den Kotillon?“ fuhr der enttäuschte Hausherr auf. Er eilte zum Vortänzer, um ihm seine Bedenken vorzutragen.

„Bedauere, Herr Lampert, es wird noch ein Kontre eingeschoben; Ihre Frau Gemahlin wünscht, daß der Kotillon nicht vor zwei Uhr beginnen soll, und es fehlen noch zwanzig Minuten.

Mit einem Seufzer der Ergebung zog sich der Hausherr zurück: „Wenn das nur gut geht“, brummte er vor sich hin, „meine Frau mutet sich heute zu viel zu!“

Die Francaise begann. Der erschöpfte Klavierspieler hämmerte mit schon halb gelähmten Händen auf die Tasten; wenn er auch noch krampfhaft Takt hielt, so griff er gelegentlich doch grausam fehl; auf eine Handvoll falscher Töne kam es ihm gar nicht an. Knoblauch, der des Kommandierens einer Francaise unkundig war, hatte dieses Amt einem der jüngeren Herren übertragen, und dieser entwickelte eine Kraft und Fülle der Stimme, die eines Bataillons-Kommandeurs auf dem Exerzierplatze würdig gewesen wäre.

Nach der Francaise erschien der hinkende Müller mit der in Aussicht gestellten Gänseleber. Dazu präsentierte ein anderer dienender Geist deutschen Schaumwein in Punschgläsern.

Frau Juliens Blicke suchten Sabine, die mit ihrem Bräutigam in einer Ecke zusammensaß und plauderte.

„Kind, du mußt mir einen Gefallen tun. Die Kotillonsträuße sind in der Eckstube, hinten im Gange, du weißt ja, bitte, hole sie und laß sie von Herrn Knoblauch bereit halten.“

Sabine war aufgesprungen und huschte leichtfüßig durch die nach dem Hofflügel führende Tür.

Peter, der den ihr gewordenen Auftrag vernommen hatte, schlich ihr nach einer Weile nach; kein Mensch bemerkte seine Entfernung aus dem Tanzsaale.

Der nach der Küche führende Gang war erleuchtet; unschwer fand der verliebte Bräutigam die Tür zu der Eckstube. Geräuschlos öffnete er, trat schnell über die Schwelle und drückte ebenso schnell wieder die Tür hinter sich ins Schloß.

Auf dem Tische in dem von einer Ampel matt erleuchteten Raume lagen zwei flache Körbe mit frischen Sträußchen, die einen starken Flieder- und Maiblumenduft verbreiteten. Sabine hatte einen der Körbe erfaßt, als ihr Peter den Arm um die Taille schlang.

„Mein Gott! Wo kommst du denn her?“ fragte sie erschrocken und ließ den Korb auf den Tisch zurückfallen.

„Ich mußte dich endlich einmal unter vier Augen sprechen, Geliebte! Da vorn ist man vor den zudringlichen Blicken der anderen keine Minute sicher.“

Er zog sie auf das Sofa nieder, preßte sie fest an sich und berauschte sich in flammenden Küssen.

„Peter, hör auf, ich will das nicht . . . verstehst du?“

Sie war über die Glut seiner Liebkosungen erschrocken und sich heftig wehrend, suchte sie sich loszureißen .

Mit überlegener Kraft hielt er sie fest: „Sträube dich doch nicht so, du Närrchen! Ich tue dir ja nichts.“

„Du läßt mich gehen, Peter, auf der Stelle! Wenn jemand hier hereinkommt.“

„Dann sähe er, wie Mann und Frau hier zusammensitzen; das wäre auch kein Unglück.“

„Ich bin nicht deine Frau; ich bin nur deine Braut.“

„Das ist genau dasselbe; oder meinst du, du wirst eine andere, wenn du mit mir auf dem Standesamte gewesen bist?“

Sie sah ihn befremdet an; ihre fein gezeichneten Brauen zogen sich leicht zusammen.

„Ich verstehe dich nicht.“

„Du sollst mich gleich verstehen. Sieh', mein süßes Herz, ich bin so toll in dich verliebt, daß ich nicht länger die Rolle des bloßen Bewunderers spielen will; wir schicken nachher deine Mutter unter Adolfs Schutz nach Hause und du ziehst gleich heute zu mir.“

Sie gab ihm einen leisen Schlag auf die Hand, mit der er ihr die Wange streicheln wollte, und sagte ungeduldig: „Jetzt laß mich gehen! Auf solchen Unsinn gebe ich keine Antwort.“

„Es ist kein Unsinn, es ist mein voller Ernst, und wenn du mich wirklich lieb hast, so wirst du tun, was ich begehre.“

Jetzt war es ihr doch gelungen, sich von ihm zu befreien; entrüstet stand sie vor ihm und maß ihn mit vorwurfsvollen Blicken.

„Ich glaube, du hast zu viel getrunken! Meinst du wirklich, ich achte mich nicht höher, als daß ich, wie eine Dirne, ohne die Feierlichkeit des Standesamtes, ohne den Segen der Kirche, dir an deinen Herd folgen würde?“

„Ha, ha, ha!“ lachte Peter verächtlich, „bist du so kindisch und legst noch Wert auf den Krimskrams einer sogenannten Trauung?“ Er war gleichfalls aufgestanden und sagte entschlossen: „Das schwöre ich dir: zu dem Unsinn einer kirchlichen Einsegnung wird sich ja Peter Dechner nimmermehr bequemen!“

„Und ohne eine solche wird Sabine Meerholt nimmermehr deine Frau werden!“ Mit derselben Entschiedenheit hatte sie es gesagt, o, sie konnte auch ihr Köpfchen aufsetzen, und Peter sollte sehen, daß sie keine willenlose Puppe war.

Das Blut war ihr in die Wangen geschossen; der Schein der bunten Ampel floß wie ein Zauberduft um ihren schlanken, graziösen Wuchs und malte einen Rosenschimmer auf den Marmor ihrer entblößten Schultern.

Peter staunte das Wunder jungfräulicher Schönheit betroffen an, aber nur einen Augenblick, dann schwoll ihm die Zornader, da ihm der Trotz des Mädchens zu unerwartet kam. Er packte sie am Handgelenk und fragte in verhaltener Wut: „Ist das dein letztes Wort? Überlege dir wohl, Mädchen, was du mir antworten willst! Ich bin kein Waschlappen, der sich jemals den Bräuchen dieser verfaulten Bourgeoisgesellschaft fügen wird: ich bin ein Politiker und küre mein Weib in freier Liebe: kein Pfaff und kein Teufel hat da was drein zu reden! Ich frage dich noch einmal: Willst du heute noch mir als mein Weib in mein Haus folgen? Wenn du Liebe, wirkliche Liebe für mich empfindest, dann kann dir die Antwort nicht schwer werden.“

„Ich liebe dich, Peter, heiß und wahr, wie nur ein Weib den Mann ihrer Wahl lieben kann; aber wenn du mich so fragst, wie du eben tust, so gewaltsam, so rücksichtslos, so hart und verletzend, dann — ich weiß nicht, dann scheint es mir, als ob meine Liebe zu dir erkalten könnte.“

„Sabine!“ Mit diesem einen Rufe faßte er sie jäh um die Taille und zog sie wild und leidenschaftlich an sich. „Du süßer Trotzkopf! Du weißt ja gar nicht, was du redest! Du kannst ohne mich ja doch nicht leben!“ Und wieder bedeckte er ihr Gesicht mit glühenden Küssen.

Einen Augenblick lang überließ sie sich wie gelähmt, mit halbgeschlossenen Augen, diesen stürmischen Liebkosungen; doch plötzlich stieß sie ihn heftig von sich und fuhr entrüstet auf:

„Das sind Judasküsse! Komm mir nicht zu nahe! Ich sage dir, rühre mich nicht mehr an! Ich rufe um Hilfe!“

„So sei doch still, du Törin! Man hört uns sonst wirklich noch!“ Zornmütig stand er vor ihr und flammte sie aus seinen unheimlich glühenden Augen an. „Kommst du heute mit mir? Ich frage es zum letzten Male! willst du mein werden?“

„Auf diese Weise niemals, so wahr mir Gott helfen möge!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Maler- und Anstreicherarbeiten

für den Gemeinschaftsbahnhof in der Hölle in Merseburg sollen vergeben werden.

Unterlagen sind vom Stadtbauamt gegen Erstattung von 10.— Mk. zu beziehen.

Schriftliche Angebote sind verschlossen bis Sonnabend, den 3. Dezember 1921, mittags 12 Uhr beim Stadtbauamt einzureichen, woselbst die Oeffnung der Angebote in Gegenwart der etwa erscheinenden Bewerber erfolgt.

Merseburg, den 26. November 1921.

VII 1610/21. Der Magistrat.

Milchverkaufspreis vom 1. Dez. 1921 ab.

Auf Grund der zwischen dem Magistrat der Stadt Merseburg und der Molkereigenossenschaft Schafstädt getroffenen freien Vereinbarung beträgt für den Bezirk der Stadt Merseburg vom

Donnerstag, den 1. Dezember 1921, ab der Kleinverkaufspreis für das Liter Vollmilch

a) verbilligte Milch für Säuglinge bis zu 2 Jahren und werdende Mütter auf Vorzugskarte 3.60 M. f. d. Ltr.

b) für alle übrigen Verbraucher . . 4,40 M. f. d. Ltr.

Milchverkäufer, die vom 1. Dezember 1921 ab mehr als die vorstehend veröffentlichten Preise für das Liter Vollmilch verlangen, bitten wir sofort dem Magistrat und der städtischen Preisprüfungsstelle anzuzeigen, damit gegen den Betreffenden wegen Preiswuchers eingeschritten werden kann und ihm nötigenfalls der Handel mit Milch entzogen wird.

Merseburg, den 30. November 1921.

L. A. 1210/21. Der Magistrat.

Automobile

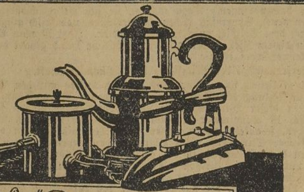
Hansa Lloyd
N. A. G.
Brennabor
Hansa
Personen- und Lastkraftwagen
Generalvertretung:
Tel. 203 **Gustav Engel Söhne, Merseburg** Tel. 203
Auto-Reparatur-Werkstatt.

Sonder-Angebot!

Schwere Winterdecken in verschied. glatten Farben- auch als Haushaltungs-Bekleidungsstücke, gut zu verarb., Größe ca. 145×225 cm, **p. Stck. M. 147.75** sol. Vorrat reicht,
Hermann Jsrael, Magdeburg-Wilhelmst. Schenkendorfstr. 3,
Planen-, Säcke und Decken-Fabrik,
— Tel.-Adr. Hermisra, Fernsprecher 7368/7968. —

Die Tatsachen beweisen!
den unbestreitbaren Erfolg der Reklametätigkeit im
„Merseburger Korrespondent“.

Die
Puppen- und Spielwaren-Ausstellung
ist eröffnet.
Legen Sie Wert darauf, wirklich gut gearbeitete Spielwaren preiswert einzukaufen, so versäumen Sie nicht, meine Ausstellung anzusehen.
Spielwarenhaus Wilhelm Köhler,
Merseburg a. S. Gotthardtstr. 5.



„Degea“
elektrische Heiz- und Kochapparate
Landkraftwerke
Verkaufsstelle: Merseburg,
Gotthardtstrasse 29.

Tadellos. schwarzer **Tuchwintermantel** (ält. Frauenfigur) für 150 M. zu verkauf.
Seffnerstr. 12, part.

Pelzmantel,
für mittlere Figur, billig zu verkaufen
Fehse, Weiße Mauer 38.

Ein Paar neue Langstiefel
Größe 28 zu verkaufen.
Wo? sagt die Exp. d. Bl.

1 Paar gut erhaltene
Herren-Stiefel,
Größe 44, Langschäft., preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped d. Bl.

Ein dreireihiges
Wiener Musikinstrument
zu verk Zu erfr. in der Exp.

1 P. Schlittschuhe
zu verkaufen
Weißenfelser Str. 8, I. l.

Flache Badewanne
zu Ganzwaschungen, mehrere Gaslyras, Herren-Lackstiefel, große Schlittschuhe zu verkaufen
Weißenfelser Str. 18, 1 Tr.

Absatz-Ferkel
zu verkaufen
Kötzschen Nr. 41.

Oskar Neuthor's Färberei und Reinigungs-Anstalt
nur Nulandtstraße 8
reinigt und färbt alles
schnell, gut, billig.

Ata
Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.
Preis das Paket Mk. 1.50.

Brennholz
gesägt und ofenfertig
liefert
Michel-Brikett-Verkaufsstelle
Fernspr. 82. **G. m. b. H.** Neumarkt 67.

Homöopathische Behandlg. v. Männer-, Frauen- u. Kinderkrankh.
C. Schröder, Roßmarkt 15.
Sprechst. tägl. v. 2—3 Uhr.

Bruchleidende
Mein Vertreter ist am Montag, den 5. Dezember, vormittags von 8—12 Uhr in **Müllers Hotel** in Merseburg mit Mustern anwesend. Ein Besuch liegt in Ihrem Interesse.
Dr. M. O. Winterhalter,
Zinksgartenstr. 2, Halle a S.

Platin
Gold, Silberbruch und Brillanten
kauft z. höchst. Preis.
Rich. Voss,
Juwelier, Halle a/S.
Leipzig. Str. 1

Schaukelpferd
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preisang. u. 621 a. d. Exp.

Piano
von Privat zu kaufen ges. Off. unter U K 5865 an Rudolf Mosse, Halle S.

1 vierräd. Rollhandwagen
für ca. 20 Ztr. Tragkraft zu kaufen gesucht. Ang. u. 644 an die Exp. d. Bl.

Altrotguß,
25 M. pro Kilo,
Altmessing
15—20 M. p. Kilo,
zum Einschmelzen kauft jed. Quantum und holen selbst ab. Angabe über Art und Menge erbittet
H. Krummhaar,
Broncewarenfabrik, Halle S., Mittelstr. 5.
Fernsprecher 2441

Ein- und Verkauf
von getr. Garderoben
u. s. w. **O. Lukas,** Sand 1.

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 40 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 50 Pfg., im Reklameteil 2.00 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 280 | **Mittwoch den 30. November 1921** | **48. Jahrg.**

Frankreichs böses Gewissen.

„Meine Herren, gestatten Sie einer alten Freundin aus dem Weltkriege, wenn auch ungeladen, an Ihrem Tische Platz zu nehmen! Ich bin die europäische Heuchelei!“ So ist im „Ulk“ ein Bild unterschrieben, das den Konferenztisch in Washington zeigt, an dem die Heuchelei mit einer Larve in der Hand und Papierrollen mit der Aufschrift „Kultur“, „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ im Arm neben dem französischen Ministerpräsidenten Briand Platz nimmt. Besser konnte man das Auftreten Briands nicht kennzeichnen, dem jetzt das „Journal des Débats“ selbst zuruft, der Platz für Artisten sei die Theaterbühne, an der Spitze der Regierung aber solle ein aktiver und schweigsamer Mann stehen. Der Versuch Briands, Deutschland auf der Washingtoner Konferenz von neuem anzuschwärzen und die alte Legende, daß Deutschland der Friedensstörer sei, wieder aufzuwärmen, hat nicht den erhofften Erfolg gehabt. Es mag ja sein, daß die französischen Militaristen und Chauvinisten, die immer noch die Mehrheit im französischen Parlament haben, Briand trotz der unglücklichen Rolle, die er in Washington gespielt hat, doch noch auf seinem Platz als Ministerpräsident halten werden, weil er sich bei seiner Anklagerede gegen Deutschland von dem Bestreben leiten ließ, die französische Armee in ihrer jetzigen Stärke zu erhalten, aber bei den Neutralen und selbst bei den eigenen Bundesgenossen dürfte Briand nach seiner Washingtoner Rede ziemlich ausgespielt haben. Man hat ihn als Heuchler und Lügner durchschaut, als einen Mann, der das Fälscherkunststück zugunsten Frankreichs so ungeschickt machte, daß keinem auch nur halbwegs aufmerksamen Beobachter der Betrugsversuch entgehen konnte.

Ministerpräsident Briand hat Deutschland vorgeworfen, daß es immer noch nicht abgerüstet habe und auch das Märchen von dem bayerischen Ministerpräsidenten erzählt, der gesagt haben soll, daß in Bayern 300 000 Mann ausgebildete Soldaten zur Verfügung stünden. Briand hat sich bereits von der bayerischen Regierung sagen lassen müssen, daß das kein bayerischer Ministerpräsident gesagt hat. Er mußte sich ferner auf seine eigene Rede vom 28. Oktober vor der französischen Kammer hinweisen lassen, in der er festgestellt hatte, daß Deutschland tatsächlich entwaffnet sei. Und jetzt haben sich die Mitglieder der von der Genfer Arbeiterschutzkonferenz gebildeten Kommission auf einer Rundreise durch die ehemaligen deutschen Kriegswerkstätten überzeugen können, wie weit die Zerstörung aller für Kriegszwecke verwendbaren Maschinen und Materialien in Deutschland gegangen ist. Im Gegensatz zu dem bekannten deutschen Sprichwort haben die Kriegslügen der Entente recht lange Beine gehabt, aber allmählich muß die Welt doch hinter die Wahrheit kommen.

Die beste Aufklärung darüber, wo der ewige Friedensstörer in Europa zu suchen ist, kann wohl die Behauptung Briands geben, daß Frankreich seine Armee verkleinere, indem es einen Teil des dritten Jahrganges entlasse. Daß aber tatsächlich keine Verringerung der französischen Armee geplant ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß andauernd neue Kasernenbauten, die Deutschland bezahlen muß, innerhalb des besetzten Gebietes von Frankreich gefordert werden, die allerdings nicht für neue weiße, sondern farbige Franzosen bestimmt sind, die in immer größerer Zahl zum Ausgleich für die zu entlassenden weißen Truppen des briten Jahrganges eingestellt werden sollen, wie ja aus der der französischen Kammer zugegangenen Vorlage über diese Umstellung innerhalb der französischen Armee hervorgeht. Herr Briand hat sich also nicht gescheut, die Washingtoner Konferenz direkt anzuschwindeln und außerdem die Abrüstungs- und Weltfriedenskonferenz dazu zu benützen versucht, um durch seine Lügen gegen Deutschland die Atmosphäre weiter zu vergiften. Es ist bedauerlich, daß sich auf der Konferenz selbst niemand gefunden hat, der Herrn Briand die heuchlerische Larve vom Gesicht gerissen hat. Solange nicht die Ehrlichkeit auf den internationalen Konferenzen zu ihrem Rechte kommt, ist an eine Besserung nicht zu denken. Aber Frankreich sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen, die Wahrheit zum Durchbruch kommen zu lassen. Deshalb will es Deutschland von allen Konferenzen fernhalten. Das „glor- und siegreiche“ Frankreich hat noch mehr Angst vor dem Sieg der Wahrheit als vor der deutschen Revanche. Denn wenn die Wahrheit zum Durchbruch kommt, muß das ganze auf Lug und Trug aufgerichtete Gebäude des Versailler Vertrages elendiglich zusammenbrechen.

*

Der Stand der Washingtoner Konferenz

In einem Funkspruch des „B. T.“, der den gegenwärtigen Stand der Washingtoner Konferenz schildert, heißt es:

„Der Hughessche Abrüstungsvorschlag steckt in einer Sackgasse. Das vom amerikanischen Staatssekretär verlangte Schlachtschiffverhältnis von 5:5:3 wird von den Japanern eifrig bekämpft, sie wollen 10:10:7. Die Japaner wollen überhaupt nicht mehr verhandeln. Ihre Delegierten bewahren das verbindliche Lächeln an den Kommissionstischen, aber ihre Journalisten erklären täglich,

Japan habe in Washington nichts mehr zu suchen.

Die Engländer versuchen zu vermitteln, und nur ihren Bemühungen ist es zu danken, daß die Japaner überhaupt noch da sind. In der ostasiatischen Frage bestehen die Meinungsverschiedenheiten fort. In der U-Bootfrage glaubt man zu einem Kompromiß zu kommen. In der

Landabrüstungsfrage

setzt Viviani die Politik Briands fort. Er übernahm die peinliche Pflicht, den oft gemeldeten Zwischenfall Briand-Schanzer auszutragen. Er bestritt in einer feierlichen Erklärung die Italien feindlichen Äußerungen Briands. Frankreich sei von Banden des Blutes und der Freundschaft an Italien gefesselt. Schanzer gab sich zufrieden und dankte Hughes für die unparteiische und sympatische Art, mit der er diesen Konflikt ausgeglichen habe. Aus den Äußerungen des italienischen Delegierten geht hervor, daß ein Konflikt bestand. In einer längeren Rede erklärte Viviani, er hätte sich überzeugt, daß sich die Kritik immer in den Grenzen der internationalen Höflichkeit gehalten habe. (?) Sei hier und da ein Wort gefallen, das aus der erregten Stimmung heraus als heftig erkannt worden sei, so trage daran die Tatsache schuld, daß es sich um Fragen gehandelt habe, die für die ganze Welt von ungeheurer Wichtigkeit seien.

Viviani wehrt sich gegen Deutschlands Teilnahme.

Neuyork, 30. Nov. „Associatet Preß“ meldet aus Arlington: Viviani sprach in einer Rede über die Möglichkeit, daß Deutschland später an der Washingtoner Konferenz teilnehme. Er sagte, er könne nicht einsehen, welche Fragen unter den Beratungsgegenständen Deutschland beträfen. Es hätte kein besonderes Interesse in Washington, da seine Land- und Seerüstungen durch den Vertrag von Versailles festgelegt seien und diese Konferenz eine Revision des Vertrages nicht in Erwägung ziehen würde.

Der Streit um die Großkampfschiffstonnage.

London, 30. Nov. Reuter berichtet aus Washington, es verlaute, daß die französische Delegation für Frankreich eine Großkampfschiffstonnage fordere, die der japanischen gleich sei. Die italienischen Vorschläge sehen, wie gemeldet wird, eine Großkampfschiffstonnage gleich der französischen vor.

Lloyd Georges Amerikafahrt.

London, 30. Nov. Lloyd George hat provisorische Schiffsplätze auf allen Dampfern belegt, die England vom 8. Dezember bis unmittelbar vor Weihnachten verlassen. Es ist wahrscheinlich, daß er England erst am 10. Dezember auf der Scythia verlassen wird.

Der „Oeuvre“ schreibt, man kündige auf allen Seiten an, daß Lloyd George vielleicht dem Beispiel Hughes folgen könnte, um seinerseits

eine große diplomatische Offensive einzuleiten.

Es handelt sich um nicht weniger, als eine neue Reparationspolitik an die Stelle der Reparationspolitik des Friedensvertrages von Versailles zu setzen. Das Blatt weist darauf hin, daß Lloyd George niemals verheimlicht habe, daß zwei Maßnahmen eilig seien: Die Liquidation der internationalen Schulden und die Sicherstellung eines normalen Handelsmarktes in Deutschland. Das Blatt glaubt auch mitteilen zu können, daß Balfour auf der letzten Völkerbundskonferenz in Genf einem französischen Delegierten die Frage vorgelegt habe, was er davon denke, daß ein Abkommen geschlossen würde, das Deutschland die Verpflichtung abnehme, die Sanktionen zu bezahlen und zu seinen Lasten nur die Kosten für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete gingen. Das Blatt erklärt, die Grundlagen des Vorschlages von Lloyd George, wie es sie schildere, seien wert, einer Prüfung unterzogen zu werden.

Das Moratorium und seine Bedingungen für Deutschland.

Berlin, 30. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der frühere deutsche Wiederaufbauminister Dr. Rathenau und sein Sekretär Simon hatten gestern Besprechungen mit dem englischen Schatzkanzler Robert Horne und mit Sir John Bradbury, dem englischen Mitglied der Reparationskommission. Eine weitere wichtige Begegnung hatten sie mit Lord Kimberley, der vor kurzem in Berlin gewesen ist. Die Besprechungen betrafen die Gewährung eines Moratoriums für Deutschland und scheinen weiterhin die völlige Umgestaltung der Finanzlage zum Zweck zu haben. Sie nehmen einen günstigen Verlauf. Die Gewährung eines Moratoriums durch England kann nach der Auffassung einer englischen Korrespondenz als gesichert betrachtet werden. In England verweist man darauf, daß eine Einstimmigkeit der Reparationskommission, die sich natürlich mit dieser Frage beschäftigen müsse, nicht erforderlich sei. Es genüge ein Mehrheitsbeschluß. Rathenau soll heute — oder wenn er morgen noch in London ist, morgen — von Lloyd George empfangen werden, der lebhaft dafür eintritt, daß Deutschland ein Moratorium gewährt wird.

Der Londoner „Evening Standard“ meldet, daß, falls ein Moratorium an Deutschland bewilligt werde, Deutschland folgende Bedingungen annehmen müsse:

1. die deutschen Finanzen werden innerhalb zwei Jahren revidiert;
2. Ergreifung scharfer Maßnahmen gegen die Papiergeld-Inflation;
3. eine alliierte Aufsichtskommission über die deutschen Finanzen wird in Berlin eingesetzt.

Die Botschafterkonferenz über die Sanktionen.

Berlin, 30. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Nach einer Pariser Meldung wird die Botschafterkonferenz am 2. Dezember zusammentreten, um sich mit der englischen Note über die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein und der Verminderung der militärischen Kontrollorgane in Deutschland zu beschäftigen.

Neue Gesandten in Berlin.

Berlin, 30. Okt. Der Reichspräsident hat gestern den neuernannten mexikanischen Gesandten Dr. Alfredo Caturegli, den neuernannten Gesandten Lettlands Dr. Oskar Woit und den neuernannten chinesischen Gesandten Suntchon Wei zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben empfangen. Bei dem Empfange war der Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Eigenschaft als Leiter des Auswärtigen Amtes zugegen.

Die Berliner Elektrizitätsversorgung wieder im Gange.

Berlin, 30. Nov. Auf Grund der zwischen Magistrat und Werkangestellten erzielten Einigung wurde die elektrische Stromversorgung in Berlin in Gang gesetzt, so daß es um Mitternacht wieder Licht gab.

Eine Valutakonferenz in Paris.

Berlin, 30. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Wie aus Washington gemeldet wird, haben die Vereinigten Staaten zugestimmt, an einer Konferenz teilzunehmen, die im Dezember in Paris stattfinden und sich mit der internationalen Valutafrage beschäftigen soll.

Beendigung des Buchdruckerstreiks in Italien.

Rom, 30. Nov. Der Streik der Buchdrucker ist beendet; in ganz Italien werden die Buchdrucker am Mittag die Arbeit wieder aufnehmen. Die Zeitungen werden am Nachmittag wieder erscheinen.

Italiens und Frankreichs Flotte gleich groß.

London, 30. Nov. Reuter zufolge geht der Standpunkt dahin, daß nichts dagegen einzuwenden ist, daß Italien eine ebenso große Flottenstreitmacht besitze wie Frankreich, das heißt, 300 000 Tonnen an Großkampfschiffen und 75 000 Tonnen an Unterseebooten.

Neue englische Vorschläge an die Iren.

London, 30. Nov. Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead hatten gestern mit den Sinnfein-Delegierten eine Konferenz, auf der eine Reihe völlig neuer Vorschläge erörtert wurde. Diese Vorschläge werden Ulster nur dann vorgelegt werden, wenn die Sinnfeiner ihnen zuvor zugestimmt haben. Hiermit sind die Verhandlungen in ein neues Stadium getreten.

Freimachung Chinas durch die Großmächte.

Washington, 30. Nov. Der Ausschuß der neun Großmächte hat sich für den Verzicht auf die Exterritorialitätsrechte in China ausgesprochen und ebenso für die Beseitigung der ausländischen Gerichtshöfe in China, vorausgesetzt, daß das System der chinesischen Gesetzgebung und Rechtssprechung von einer internationalen Untersuchungskommission für ausreichend befunden wird. Der Ausschuß erörtert ferner die Forderung Chinas betreffend die Zurückziehung der fremden Truppen. Die Delegierten sind grundsätzlich für die Zurückziehung, doch wird die Behandlung dieses Punktes in einer weiteren Sitzung fortgesetzt werden. Die Versammlung der Marinesachverständigen der fünf Großmächte wurde auf Verlangen eines Delegierten auf morgen vertagt.

Maßnahmen der Reichsregierung zur Teuerung.

400 Mill. Mark zur Besserung der Milchversorgung.

Aus Berlin wird uns berichtet:

Das Reichsk[illegible] beendete am Dienstag nachmittag unter Teilnahme der pr[illegible] durch die Teuerung gesch[illegible] g der bereits bestehende[illegible] des Wuchers wird den [illegible] Vorlage unterbreitet [illegible] ller Verurteilung [illegible] eistreiberei dur[illegible] eilung wegen schwerer F[illegible] sehen, außerdem Veröff[illegible] ß das Kabinett die best[illegible] Kommissionen zu erg[illegible] ebildet haben. Diesen Ko[illegible] aucher auch Vertreter de[illegible] fungsstellen werden al[illegible] en erhalten. — Zur [illegible] werden in dem Haushalt [illegible] Landwirtschaft für 1921 [illegible] erden, und zwar für sol[illegible] ng besonders Not leide[illegible] em bestimmten noch fest[illegible] Millionen Mark solle[illegible] Länder und Gemeinden a[illegible] in der Lage sind, soll das [illegible] gende Mittel übernehm[illegible] ng der Mittel innerhalb [illegible] egeben werden, jedoch si[illegible] ch als Weg zur Besserun[illegible] gender Anlieferung leidet[illegible] em von ausländischem Kraftfutter und die verbilligte Abgabe solchen Futters an die Kuhhalter empfiehlt, die die Gemeinden beliefern und bei denen, wie z. B. bei den gemeindlichen Abmelkwirtschaften, eine Sicherheit dafür geschaffen werden kann, daß die Mehrerzeugung von Milch auch den Gemeinden zugute kommt.

Empfang der Mitglieder der Genfer internationalen Arbeitskonferenz durch den Reichskanzler.

Berlin, 30. Nov. Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Mitglieder der Genfer internationalen Arbeitskonferenz, die zurzeit in Deutschland weilen, um sich einen Einblick in die durch die Forderungen der interalliierten Kontrollkommission geschaffene Lage der Deutschen Werke zu verschaffen. Die Abordnung der Arbeitskonferenz setzt sich zusammen aus Vertretern der englischen, kanadischen, italienischen, französischen, belgischen, brasilianischen, schweizerischen, schwedischen und spanischen Gewerkschaften, denen sich ein amerikanischer Handelskammervertreter angeschlossen hatte. An dem geselligen Beisammensein nahmen teil der Vizekanzler und Reichsschatzminister Bauer, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichstagspräsident Loebe, als

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211130-13/fragment/page=0007
DFG